Die Geheime Staatspolizeistelle Kassel 1933-1945

Gunnar Richter

Die Geheime Staatspolizei gilt als Inbegriff der Verfolgung in der NS-Zeit. Von ihr wurden Gegner des NS-Staates, aber auch Menschen, die sich den NS-Normen nicht unterordneten oder ihnen nicht entsprachen, verhaftet, gefoltert, in Konzentrationslager eingewiesen und ermordet. Im Nazi-Deutschland, aber auch noch danach war mit der Gestapo die Vorstellung eines allgegenwärtigen und allmächtigen Verfolgungsorgans verbunden, das in der Lage war, sämtliche Menschen auszuspionieren, zu überwachen und zu terrorisieren.

Im folgenden sollen verschiedene Aspekte der Entstehung, des Aufbaus, der Funktion und der Verfolgungsmaßnahmen der Geheimen Staatspolizei Kassel erläutert werden. Dabei soll u. a. den Fragen nachgegangen werden, wie die Geheime Staatspolizeistelle Kassel entstanden ist, wer ihre Leiter und Mitarbeiter waren und wie sie aufgebaut war, wie die Verfolgungspraxis der Geheimen Staatspolizei Kassel von ihrer Gründung bis zum Zweiten Weltkrieg aussah, wen und welche Gruppen sie verfolgte und was mit den Verfolgten geschah, ob sich an der Verfolgungspraxis der Geheimen Staatspolizei Kassel während des Zweiten Weltkrieges etwas veränderte, wie die Gestapo Kassel mit den vielen Zwangsarbeitern, Zwangsarbeiterinnen und Kriegsgefangenen umging und wie sie in die Deportationen der Juden aus dem Regierungsbezirk Kassel involviert war, welche Erkenntnisse es über direkte Mordaktionen der Kasseler Gestapo gibt, wie sie sich am Kriegsende verhalten hat, und schließlich, was mit den Mitarbeitern der Gestapostelle Kassel nach dem Krieg geschah.

Als Grundlage dienen allgemeine Veröffentlichungen zur Gestapo, insbesondere der von Gerhard PAUL und Klaus-Michael MALLMANN herausgegebene Sammelband „Die Gestapo – Mythos und Realität“[1] und verschiedene regionale Beiträge, vor allem von Jörg KAMMLER und Dietfrid KRAUSE-VILMAR. An Quellen wurden vor allem die von Thomas KLEIN herausgegebenen „Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936“[2], die vorhandenen Aktenbestände des frühen Konzentrationslagers (1933/34) und späteren Arbeitserziehungslagers Breitenau (1940-1945)[3] und verschiedene Ermittlungsakten aus der Nachkriegszeit über Verbrechen der Kasseler Gestapo herangezogen. Während die bisherigen regionalen Beiträge bestimmte Phasen und einzelne Bereiche der Gestapostelle Kassel näher untersuchten, soll hier der

---

1 Gerhard PAUL und Klaus-Michael MALLMANN (Hg.): Die Gestapo – Mythos und Realität, Darmstadt 1996.

2 Thomas KLEIN (Hg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936, Teil I: A und B sowie Teil II: C, Mit ergänzenden Materialien herausgegeben, eingeleitet und erläutert von Thomas KLEIN, Köln und Wien 1986.

3 Die personenbezogenen Gefangenenakten befinden sich als Leihgabe im Archiv der Gedenkstätte Breitenau, die Verwaltungsakten im Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Siehe hierzu: Christina VANJA (Red.): Archivbestände des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Landarmen- und Korrektionsanstalt Breitenau 1874 – 1949 (1978). Findbuch zum Bestand 2 (Teil 1), Kassel 1989.

Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte (ZHG) Band 106 (2001), S. 229-270

Versuch gemacht werden, einen knappen Überblick über die Geschichte der Geheimen Staatspolizeistelle Kassel von 1933 bis 1945 zu geben. Selbstverständlich können die verschiedenen genannten Aspekte dabei nur kurz beleuchtet werden, daher befinden sich in den Anmerkungen zahlreiche weiterführende Literatur- und Quellenhinweise.

Bevor auf die Entstehung der Geheimen Staatspolizeistelle Kassel eingegangen wird, soll zunächst ein Blick auf die Entstehungsgeschichte der Geheimen Staatspolizei geworfen werden. Die Gestapo war keine völlige Neuschöpfung der Nationalsozialisten, sondern sie entstand durch die Umgestaltung der Politischen Polizei der Weimarer Republik. Aus diesem Grund soll die Preußische Politische Polizei kurz erläutert werden.

Die Preußische Politische Polizei der Weimarer Republik

Die Preußische Politische Polizei war kurz nach der Novemberrevolution von 1918 entstanden – unter dem sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Eugen Ernst – als Abteilung 1, später 1 A, des Polizeipräsidiums Berlin. Im Grund war sie Nachfolger der „verhaßten kaiserlichen Geheim- oder Politischen Polizei.“[4] Von dort aus - vom Berliner Polizeipräsidium - koordinierte sie die Aufgaben der Politischen Polizei in ganz Preußen. Im Jahre 1928 war diese Politische Abteilung I zur zentralen preußischen Nachrichtensammelstelle für politisch-polizeiliche Delikte gemacht und eine einheitliche Organisationsstruktur für ganz Preußen eingeführt worden. Das Innenministerium ordnete die Errichtung eigener Abteilungen für die Politische Polizei in allen staatlichen Polizeipräsidien und -direktorien an und legte deren Gliederung und Zuständigkeit genau fest. Sie waren den einzelnen Regierungsbezirken angegliedert und unterstanden den Regierungspräsidenten, die ihrerseits politische Sachbearbeiter hatten. Entsprechend wurden solche Politischen Abteilungen, mit der Bezeichnung „1A“, im Kasseler Polizeipräsidium und in der Hanauer Polizeidirektion eingerichtet. Die Aufgaben der Preußischen Politischen Polizei bestanden im wesentlichen in der ‚Beobachtung und Vorbeugung‘ sowie in der ‚Vorbereitung und Unterstützung der Strafverfolgung aller strafbaren Handlungen mit politischem Einschlag‘, d. h. konkret vor allem von Hoch- und Landesverrat, von Verstößen gegen das Vereins- und Pressegesetz sowie von Waffen- und Sprengstoffdelikten.[5]

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, stattete das preußische Innenministerium die Politische Polizei mit Verwaltungs-, Strafverfolgungs- und nachrichtendienstlichen Kompetenzen aus, drei Funktionen, die heute nicht nur begrifflich klar unterschieden, sondern teilweise auch organisatorisch getrennt werden.

Zu den Verwaltungskompetenzen gehörte, dass die Politische Polizei administrative Verbote und sonstige Eingriffe vornehmen konnte, z. B. Versammlungs- und Uniformverbote, Kontrolle der Satzungen politischer Vereine etc.

---

4 Johannes TUCHEL: Zentrale des Terrors, Prinz-Albrecht-Str. 8. Das Hauptquartier der Gestapo, Berlin 1987, S. 37

5 Runderlass des PMdI, zitiert in Christoph GRAF: Kontinuitäten und Brüche. Von der Politischen Polizei der Weimarer Republik zur Geheimen Staatspolizei, in: PAUL und MALLMANN, Die Gestapo (wie Anm. 1), S. 73-83, hier S. 74.

Die Strafverfolgungskompetenz bezog sich auf die Fälle der sogenannten „Politischen Kriminalität“. Dabei handelte es sich um Straftaten gegen den Bestand des Staates oder auch allgemeine Straftaten, wie Körperverletzung oder Beleidigung, wenn sie aus politischen Motiven begangen wurden. So wurden am Ende der Weimarer Republik bei der Politischen Polizei im Berliner Polizeipräsidium täglich rund 80 Festgenommene eingeliefert – aber auch für sie galten rechtsstaatliche Garantien.

Die nachrichtendienstliche Kompetenz bestand darin, systematisch Informationen über staatsfeindliche Bestrebungen zu sammeln und auszuwerten. Heute ist diese Aufgabe von der Polizei getrennt und dem „Verfassungsschutz“ übertragen. Es wurden Reden, Presseveröffentlichungen und Versammlungsberichte ausgewertet, amtliche Informationen gesammelt, verdeckt Personen und Organisationen observiert, und es wurde auch versucht, Spitzel und V-Leute anzusetzen.[6]

Neben dieser besonderen Funktion für ganz Preußen diente die Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums auf der Basis von Vereinbarungen auch als Zentrale für den politischen Nachrichtendienst und für den Erkennungsdienst der Spionagebekämpfung des ganzen Reiches.

Etwa 90 % der Beamten der Politischen Polizei gehörten den Kriminalsekretär- bzw. den Kriminalkommissar-Laufbahnen an und nur 10 % den verwaltungspolizeilichen Beamten. Dennoch ordnete das preußische Innenministerium die Politische Polizei eindeutig der Verwaltungspolizei zu. Es gab Verwaltungsdezernate mit Verwaltungsbeamten an der Spitze, und im Außendienst, der „Exekutive“, waren weisungsgebundene Kriminalpolizeibeamte tätig.[7] Ein beträchtlicher Teil der Beamten und Angestellten des kaiserlichen Vorläufers wurde in die Nachfolgebehörde übernommen, von denen viele der Republik skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden. Die Preußische Politische Polizei in der Weimarer Republik bestand 1927 im wesentlichen aus rund 300 Innen- und vor allem Außendienstmitarbeitern der Abteilung I des Polizeipräsidiums Berlin. Dazu kamen mindestens genauso viel Beamte und Angestellte in den entsprechenden politischen Abteilungen der staatlichen Polizeiverwaltungen in der Provinz.[8]

In Kassel waren schon im Zuge des sogenannten „Preußenschlages“ vom 20.7.1932, der Absetzung der SPD-geführten Regierung in Preußen durch Reichskanzler von Papen, aus einigen wichtigen Ämtern sozialdemokratische Amtsinhaber abgesetzt und durch konservative ersetzt worden. So war in Kassel der sozialdemokratische Polizeipräsident Dr. Adolf Hohenstein durch den konservativen Düsseldorfer Regierungsrat Wolf Dietrich von Kottwitz ausgetauscht worden. Auch der Polizeivizepräsident, der sozialdemokratische Regierungsrat Otto Schöny, musste gehen und wurde durch den Regierungsrat Dr. Mergenthaler ersetzt. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Politische Polizei, die ihren Sitz im Polizeipräsidium am Königstor mit der Abtlg. 1 A hatte. Nachdem sie bis dahin neben der radikalen Linken auch die NSDAP überwacht hatte, rückte nun ins Zentrum ihrer Aktivität die Überwachung der KPD, SPD und der Gewerkschaften. Über die Kommunisten wurden umgehend genaue Verzeichnisse

6 TUCHEL, Zentrale (wie Anm. 4), S. 41 ff.
7 TUCHEL, Zentrale (wie Anm. 4), S. 45.
8 GRAF, Kontinuitäten (wie Anm. 5), S. 75.

erstellt. Sie enthielten die Personaldaten sämtlicher Funktionäre bis zur kleinsten dörflichen Organisation, und diese Informationen wiederum dienten nach der Machtübernahme der Gestapo zur Verhaftung von politischen Gegnern im gesamten Regierungsbezirk Kassel.[9]

Die Gründung des Geheimen Staatspolizeiamtes, die Einrichtung der Staatspolizeistellen und die Verschmelzung mit der SS

Unmittelbar nach der Machtergreifung war es eines der ersten Ziele des NS-Staates, eine in ihrem Sinne „schlagkräftige" Politische Polizei aufzubauen, ein staatliches Instrument zur Überwachung und Verfolgung aller Gegner des neuen Staates – um dadurch eine langfristige Herrschaftssicherung zu schaffen. Zu diesem Zwecke wurde die bereits bestehende Politische Polizei benutzt und umstrukturiert. In Preußen errichtete Hermann Göring, zunächst kommissarischer Innenminister, dann preußischer Ministerpräsident, am 26. April 1933 das ‚Geheime Staatspolizeiamt' (= ‚Gestapa'), das als Zentralstelle für neu zu schaffende Staatspolizeistellen dienen sollte. Seinen Dienstsitz hatte das Geheime Staatspolizeiamt ab Anfang Mai 1933 in der Prinz-Albrecht-Straße 8 in Berlin. Von hier aus erfolgte die Errichtung der Staatspolizeistellen in allen preußischen Regierungsbezirken.

Unter Göring, dem von ihm eingesetzten Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes Dr. Rudolf Diehls und schließlich unter Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich wurde die Politische Polizei aus der Zuständigkeit der Regierungspräsidenten herausgelöst, aus dem Zusammenhang der allgemeinen Polizeiverwaltung getrennt und unter der neuen Bezeichnung „Geheime Staatspolizei" (= ‚Gestapo') unmittelbar dem Geheimen Staatspolizeiamt als Zentrale unterstellt. Die Geheime Staatspolizei wurde eine eigenständige Behörde mit etwa zunächst 34 Staatspolizeistellen in den einzelnen Regierungsbezirken in Preußen.[10]

Mit der Herauslösung der Politischen Polizei aus der Zuständigkeit der Regierungspräsidenten wurde ein Prozess der Entstaatlichung, wie Buchheim es nennt, vorangetrieben, um die Geheime Staatspolizei zu einem Instrument der „Führerexekutive" zu machen, die unmittelbar mit der SS verbunden war. Die Gestapo und letztendlich die gesamte Polizei sollte nicht mehr auf der Grundlage von staatlichen Normen und Gesetzen agieren, sondern in ihrem Handeln den „außernormativen Führerwillen" – vielleicht könnte man auch sagen, das nationalsozialistische Weltbild: die Sicherung der Macht, Bevölkerungspolitik und Rassismus, Besatzungspolitik, Verfolgung aller tatsächlichen und angeblichen Gegner des Regimes etc. – durchsetzen und verwirklichen. Die Gestapo und SS hatten somit auch den Anspruch, die Gesellschaft entsprechend der NS-Normen zu formen. Die Maßnahmen dafür sollten nicht statisch festgelegt, sondern den jeweiligen Situationen angepasst werden. Die alte staatliche Bürokratie (der „Normenstaat") wurde in diesem Prozess mehr und mehr auf die rein techni-

9 Jörg KAMMLER: Nationalsozialistische Machtergreifung und Gestapo am Beispiel der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Kassel, in: Eike HENNIG (Hg.): Hessen unterm Hakenkreuz, Frankfurt/Main 1983, S. 509.

10 Reinhard RÜRUP (Hg.): Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände". Eine Dokumentation, Berlin 1987, S. 55.

schen Durchführungsmaßnahmen (eines neuen NS-orientierten „Maßnahmenstaates“) verwiesen. Um diesen „außernormativen Führerwillen“ durchzusetzen, wurde die Gestapo und schließlich auch die gesamte Polizei nicht nur von SS-Angehörigen geleitet, sondern auch von Anfang an durch SS-Mitglieder ergänzt und durchsetzt. „Als Führerexekutive das eigentliche, adäquate Werkzeug der Führergewalt gewesen zu sein,“ schreibt BUCHHEIM, „darin besteht die historische Bedeutung der SS.“[11]

Im April 1934 wurde Heinrich Himmler von Göring zum Inspekteur und stellvertretenden Chef der Geheimen Staatspolizei ernannt und dieser bestimmte daraufhin Reinhard Heydrich zum Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes. Bereits einen Monat später koordinierte Himmler die Arbeit der gesamten Politischen Polizei Deutschlands.

Zu den Aufgaben der Geheimen Staatspolizei heißt es in dem „Gesetz über die Geheime Staatspolizei vom 10. Februar 1936“ u. a., dass sie alle staatsgefährlichen Bestrebungen im gesamten Staatsgebiet zu erforschen und zu bekämpfen, das Ergebnis der Erhebungen zu sammeln und auszuwerten, die Staatsregierung zu unterrichten und die übrigen Behörden über wichtige Feststellungen auf dem laufenden zu halten und mit Anregungen zu versehen habe. Diese Aufgaben werden von Staatspolizeistellen für die einzelnen Landesbezirke wahrgenommen und von den Kreis- und Ortspolizeibehörden als „Hilfsorgane der Staatspolizeistellen“ durchgeführt. Dadurch wurde sichergestellt, dass die Gestapo flächendeckend durch die gesamte Polizei unterstützt wurde. Das Gesetz endet damit, dass die Verfügungen und Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei nicht der Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte unterliegen.[12] Obwohl es sich streng genommen, um ein preußisches Gesetz handelte, regelte es aber in der Praxis, durch die besondere Funktion Himmlers, die Arbeit der Gestapo im gesamten Reichsgebiet. Der Jurist Dr. Werner Best, der 1933 als Staatskommissar der hessischen Polizei das erste hessische Konzentrationslager in Osthofen einrichten ließ und später maßgeblich am Aufbau der Gestapo beteiligt war, schrieb im April 1936 als Regierungsdirektor im Geheimen Staatspolizeiamt in der Zeitschrift „Deutsches Recht“ einen Beitrag über „Die Geheime Staatspolizei“ und insbesondere über das Gesetz vom 10. Februar 1936.[13] Bevor BEST näher auf das Gesetz eingeht, betont er ausdrücklich – im Text durch Fettdruck hervorgehoben –, dass durch die besondere Funktion Himmlers und des Geheimen Staatspolizeiamtes als dessen Zentralbehörde, in der Praxis bereits eine Vereinheitlichung der Arbeit der Gestapo auf Reichsebene bestehe:

„Indem der Reichsführer SS Himmler nunmehr als stellvertretender Chef der Preußischen Geheimen Staatspolizei und zugleich als politischer Polizeikommandeur der außerpreußischen Länder die Führung der gesamten politisch-polizeilichen Arbeit im Reichsgebiet in seiner Hand vereinigt, indem von dem

---

11 Hans BUCHHEIM: Die SS – das Herrschaftsinstrument. Befehl und Gehorsam, in: Anatomie des SS-Staates, Band 1, Hrsg. v. Hans BUCHHEIM, Martin BROSZAT, Hans-Adolf JACOBSEN und Helmut KRAUSNICK, 2. Auflg. München 1979, S. 28 f.

12 Gesetz über die Geheime Staatspolizei vom 10. Februar 1936, zitiert in: RÜRUP, Topographie (wie Anm. 10), S. 58.

13 Werner BEST: Die Geheime Staatspolizei, in: Deutsches Recht, 6. Jg., Heft 7/8, Berlin 15. April 1936, S. 125-128.

Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin als seiner Zentralbehörde Richtlinien und Weisungen an alle politisch-polizeilichen Dienststellen im Reichsgebiet gegeben werden, ist – wenn auch nicht organisatorisch und haushaltsmäßig – wenigstens in der Praxis eine annähernd befriedigende Vereinheitlichung in der Ausübung der politischen Polizei im Reichsgebiet durchgeführt."[14]

Im Juni 1936 wurde Himmler schließlich zum „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei" ernannt, und damit war, wie Buchheim schreibt, der wichtigste Schritt auf dem Wege der Umwandlung der deutschen Polizei in ein Instrument der Führergewalt getan. Denn nicht nur die Gestapo, sondern die gesamte deutsche Polizei war dadurch mit der SS „verklammert", was auf eine Entstaatlichung der Polizei abzielte, indem sie der staatlichen Verfügungsgewalt entzogen und in den Zuständigkeitsbereich des Reichsführers SS integriert wurde.[15]

Machtergreifung in Kassel und Umstrukturierung der Polizei

Nach der Machtergreifung und der „Reichstagsbrandverordnung" (Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2.1933) setzten auch in Kassel Massenverhaftungen von politischen Gegnern ein. Auf der Grundlage der Informationen der Politischen Polizei der Weimarer Republik wurden Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter in Kassel und im gesamten Regierungsbezirk von SA- und SS-Männern aus ihren Wohnungen, Häusern und Arbeitsstätten geholt, durch die Gegend geführt, in Prügelkellern und sogenannten Schutzhaftstätten misshandelt und ins Polizeigefängnis, in das Untersuchungsgefängnis an der Leipziger Straße (die „Elwe") oder ins Zuchthaus Wehlheiden eingesperrt. Die Presse von SPD und KPD wurde verboten, ihr Propagandamaterial beschlagnahmt und Demonstrationen und Versammlungen untersagt.[16]

Unter den Verfolgten waren auch Juden – und bei dem ersten Ermordeten handelte es sich um den jüdischen Rechtsanwalt Dr. Max Plaut. SA-Männer hatten ihn im März 1933 im Keller der Bürgersäle so schwer misshandelt, dass er 10 Tage später an den Folgen starb.[17]

Parallel dazu wurden demokratische Vertreter aus wichtigen Positionen entlassen und diese mit Personen besetzt, die, wenn sie schon keine NSDAP-Mitglieder waren, so doch zumindest das NS-Regime stützten. Am 17. Februar 1933 wurde der demokratische Regierungspräsident Dr. Ferdinand Friedensburg in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Sein Nachfolger wurde Erich Gustav Gilbertz Konrad von Monbart. Er war am 13.8.1881 als Sohn eines preußischen Generalleutnants in Minden geboren, evangelisch getauft und hatte Rechtswissenschaften studiert. Von Monbart behielt sein Amt bis zum Juli 1944, als der Regierungsbezirk in seinen Grenzen verändert und eine Verwaltungsreform durchgeführt wurde.

Auch die Leitung der Kasseler Polizei wurde ausgewechselt. Neuer Kasseler Polizeipräsident wurde der SA-Gruppenführer Hauptmann a. D. Friedrich (Fritz)

---

14 BEST, Die Geheime Staatspolizei (wie Anm. 13), S. 127.

15 BUCHHEIM, Die SS (wie Anm. 11), S. 49.

16 KAMMLER, Machtergreifung und Gestapo (wie Anm. 9), S. 509.

17 Siehe Jörg KAMMLER, Dietfrid KRAUSE-VILMAR (Hg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Band I, Eine Dokumentation, Fuldabrück 1984, S. 230 ff.

Pfeffer von Salomon. Er war am 19.5.1892 in Charlottenburg als Sohn eines damaligen Regierungsrates im Ministerium des Innern geboren. Nach dem Besuch eines humanistischen Gymnasiums, wurde er 1912 Leutnant im Infanterieregiment 13 in Münster. Im ersten Weltkrieg erhielt Pfeffer von Salomon zahlreiche Kriegsauszeichnungen und kehrte als Kriegsversehrter zurück. Am 1.3.1928 trat er in die NSDAP ein und 1929 in die SA. 1931 wurde er als SA-Gruppenführer Stabsführer des Generalinspekteurs der SA und SS in Kassel. Im April 1933 wurde er zum Polizeipräsidenten in Kassel ernannt und war bis 1936 dort tätig. Polizeivizepräsident wurde Regierungsrat Dr. Walter Lindenborn, der seit 1928 beim Polizeipräsidium von Berlin und seit 1932 im preußischen Innenministerium tätig war.

Noch bevor Pfeffer von Salomon neuer Polizeipräsident wurde, veranlasste der noch amtierende Polizeipräsident Wolf Dietrich von Kottwitz die Versetzung von fünf Polizei- bzw. Kriminalbeamten, die der SPD angehörten oder ihr nahe standen, in andere Abteilungen. Auch in den politischen Abteilungen beim Staatlichen Polizeidirektor in Hanau wurde ähnlich verfahren.[18]

Die Gründung und Einrichtung der Staatspolizeistelle Kassel

Am 2. Mai 1933 fand im Dienstzimmer des Kasseler Regierungspräsidenten die Gründung der Staatspolizeistelle Kassel statt. Leiter der Gestapostelle, die – wie zuvor die Politische Polizei – im Polizeipräsidium am Königstor eingerichtet wurde, waren zunächst die Regierungsräte Dr. Fritz Elze und Dr. Walter Lindenborn. Am 14. Juli 1933 wurde schließlich dem Polizeipräsidenten Pfeffer von Salomon zusätzlich die Leitung der Staatspolizeistelle vom Regierungspräsidenten übertragen, und Lindenborn wurde zu seinem Stellvertreter ernannt. Dezernent der Staatspolizeistelle Kassel wurde Dr. jur. Ferdinand Oskar Hütteroth; ab Mai 1933 Mitglied der NSDAP und ab November 1933 Mitglied der SS. Mit der Ernennung hatte Pfeffer von Salomon sowohl die Position des Polizeipräsidenten als auch die des Gestapostellenleiters inne.

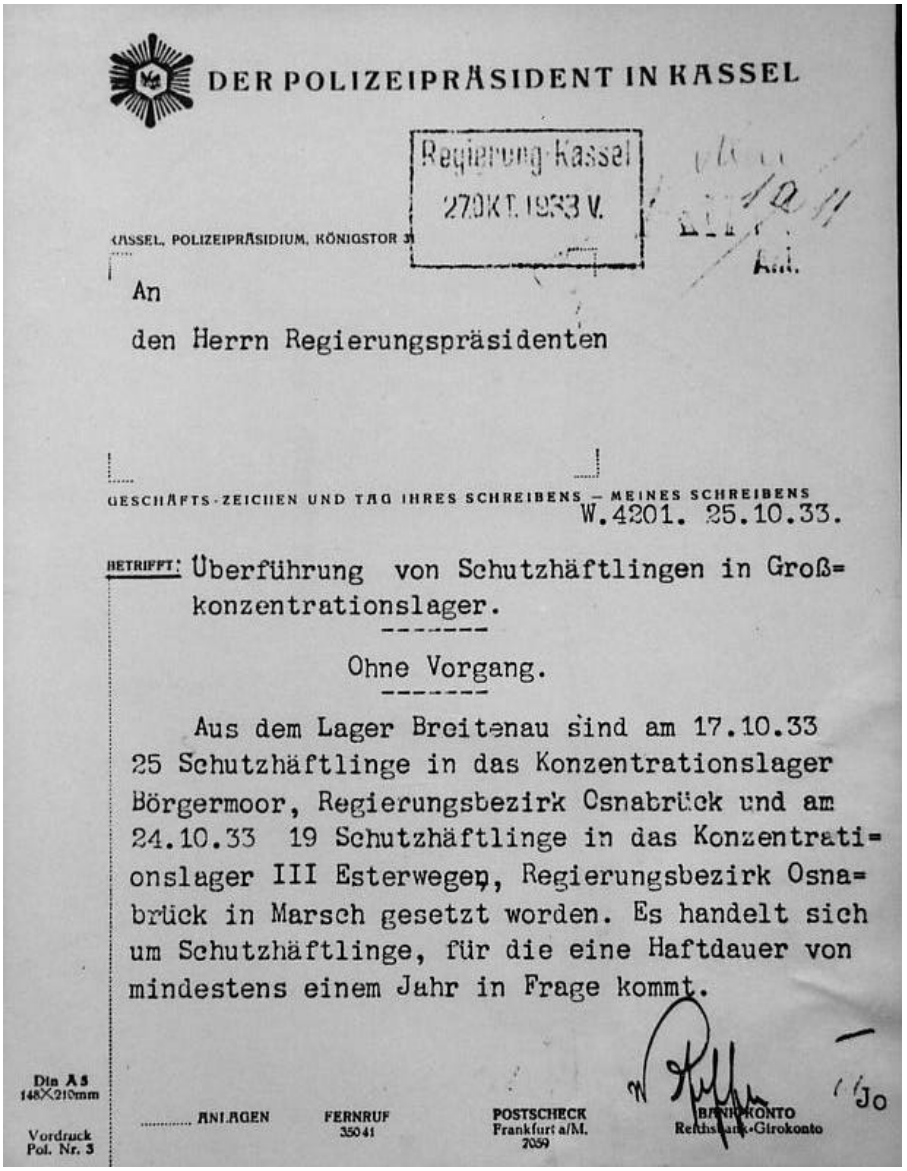
Die Gründe für diesen Schritt lagen vermutlich darin, dass es Schwierigkeiten mit der SA und der SS gab, die nicht akzeptieren wollten, dass die Staatspolizeistelle von einem Regierungsrat und nicht von einem Mann ihresgleichen, wie es der Polizeipräsident als SA-Gruppenführer verkörperte, geleitet wurde. So heißt es in einem Vermerk von Monbarts über die vorgesehene Regelung, dass sie „besonders geeignet sein (dürfte); Verhandlungen mit der SA und SS aus dem Bereich der politischen Polizei in einfachster und schnellster Weise zu führen“. Der bereits angesprochene Herauslösungsprozess der Staatspolizei aus ihrem bisherigen Zusammenhang mit den Bezirksregierungen und die Verbindung mit der SS wurde durch diesen Schritt in Kassel schon sehr frühzeitig getätigt.

In Hanau wurde am 16.7.1934 eine Nebenstelle der Staatspolizeistelle Kassel unter dem dortigen Staatlichen Polizeidirektor, Landrat und Kreisleiter Fritz Löser, eingerichtet.[19]

---

18 Siehe KLEIN, Lageberichte I (wie Anm. 2), S. 3-21.

19 Siehe KLEIN, Lageberichte I (wie Anm. 2), S. 10-15.



DER POLIZEIPRÄSIDENT IN KASSEL

Regierung Kassel
27 OKT. 1933 V.

KASSEL, POLIZEIPRÄSIDIUM, KÖNIGSTOR 3

An

den Herrn Regierungspräsidenten

GESCHÄFTS-ZEICHEN UND TAG IHRES SCHREIBENS — MEINES SCHREIBENS
W.4201. 25.10.33.

BETRIFFT: Überführung von Schutzhäftlingen in Groß=konzentrationslager.

Ohne Vorgang.

Aus dem Lager Breitenau sind am 17.10.33 25 Schutzhäftlinge in das Konzentrationslager Börgermoor, Regierungsbezirk Osnabrück und am 24.10.33 19 Schutzhäftlinge in das Konzentrationslager III Esterwegen, Regierungsbezirk Osnabrück in Marsch gesetzt worden. Es handelt sich um Schutzhäftlinge, für die eine Haftdauer von mindestens einem Jahr in Frage kommt.

Din A 5 148×210mm
Vordruck Pol. Nr. 3
ANLAGEN
FERNRUF 35041
POSTSCHECK Frankfurt a/M. 7059
BANKKONTO Reichsbank-Girokonto

Abb. 1: Schreiben des Kasseler Polizeipräsidenten und Gestapostellenleiters Fritz Pfeffer von Salomon an den Regierungspräsidenten vom Oktober 1933, in dem er diesem mitteilt, dass aus dem Konzentrationslager Breitenau 44 Gefangene in die Großkonzentrationslager Börgermoor und Esterwegen überführt wurden. (Quelle: StA MR, Bestand 165/3982, Bd. 11.)

Zum Führungspersonal der Gestapostelle Kassel 1933-1945

Bei den Leitern der Kasseler Gestapostelle handelte es sich durchweg um Personen mit einem ausgesprochen hohen Bildungsniveau, die überwiegend aus bürgerlichen bis großbürgerlichen Familien stammten. So war der Kasseler Polizeipräsident und Leiter der Gestapo-Stelle Pfeffer von Salomon Sohn eines ehemaligen Regierungsrates im Ministerium des Innern und hatte ein humanistisches

Gymnasium besucht. Sein Stellvertreter, Dr. jur. Walter Adolf Wilhelm Lindenborn, geboren 1900 in Gießen als Sohn eines Apothekers, hatte ebenfalls ein Gymnasium besucht, Jura studiert und später in Marburg promoviert.[20] Auch dessen Stellvertreter und spätere Dezernent der Staatspolizeistelle Kassel Dr. jur. Ferdinand Oskar Hütteroth (geboren 1902 in Wasenberg) stammte als Sohn des Treysaer Pfarrers Oskar Hütteroth aus einer gutbürgerlicher Familie. Ferdinand Hütteroth hatte Ostern 1921 am Realgymnasium in Berlin-Groß-Lichterfelde das Abitur bestanden und anschließend in Marburg (nach einem zunächst begonnenen Studium der Philosophie und Theologie) Rechtswissenschaften studiert. 1927 promovierte er in Marburg mit einer Arbeit im öffentlichen Recht zum Doktor der Rechtswissenschaften.[21]

Dieses hohe Ausbildungsniveau setzt sich auch bei den späteren Leitern und z. T. auch stellvertretenden Leitern und Abteilungsleitern bis hin zu einigen Referatsleitern der Gestapostelle Kassel fort. So waren alle folgenden Leiter der Staatspolizeistelle Kassel mindestens Regierungsräte. Günther Herrmann, der die Staatspolizeistelle Kassel von 1936 bis 1939 leitete, war Regierungsrat und SS-Untersturmführer. Sein Nachfolger, Rudolph Korndörfer, der die Gestapostelle von 1939 bis 1941 leitete, war Regierungsrat und SS-Sturmbannführer. Dr. Karl Lüdcke (geboren 1897 in Berlin), Leiter der Gestapostelle von 1941 bis 1943, hatte zusätzlich noch promoviert. Dessen Nachfolger von 1943 bis Herbst 1944, Dr. Max Nedweg (geboren 1902 in Hallein/Österreich), war Oberregierungsrat und SS-Obersturmbannführer.[22] Der letzte Kasseler Gestapostellenleiter, Regierungsrat und SS-Sturmbannführer Franz Marmon (geboren 1908 in Sigmaringen) hatte nach dem Besuch eines humanistischen Gymnasiums ebenfalls Rechtswissenschaften studiert. Hinzu kommt, dass alle, mit Ausnahme Pfeffer von Salomons, der SS mit höheren Rängen angehörten und im Sicherheitsdienst tätig waren.

Diese Zusammensetzung der Gestapostellenleiter ist kein Zufall, sondern durchgängig auch in den anderen Gestapostellen zu finden. So hatten von sämtlichen Leitern der 1938/39 im „Altreich“, in Österreich und in der besetzten Tschechoslowakei existierenden Gestapostellen 95 % die Hochschulreife (vor allem an humanistischen Gymnasien) erlangt, und 87% hatten nach dem Abitur ein Studium der Rechtswissenschaften absolviert.[23] Noch deutlicher wird der Umstand des hohen Bildungsniveaus, wenn man berücksichtigt, dass in der Gesamtbevölkerung nur 5 % Abitur hatten, 13 % einen Realschulabschluss und 82 % sich mit Volksschulbildung zufrieden geben mussten.[24]

Michael Wildt, der sich mit Führungseliten des Reichsicherheitshauptamtes (RSHA) beschäftigte, stellte fünf Merkmale heraus, die durchaus auch auf die

---

20 KLEIN, Lageberichte I (wie Anm. 2), S. 22.

21 Ebd. S. 24.

22 KAMMLER, KRAUSE-VILMAR, Volksgemeinschaft (wie Anm. 17), S. 274.

23 Gerhard PAUL: Ganz normale Akademiker. Eine Fallstudie zur regionalen staatspolizeilichen Funktionselite, in: PAUL / MALLMANN, Die Gestapo (wie Anm. 1), S. 236-254, hier S. 236 ff.

24 Frank DINGEL: Die Gestapo im regionalen Vergleich. Tagungsbericht, in: Gedenkstättenrundbrief, Hg. von Aktion Sühnezeichen/Berlin, Nr. 71, Juli 1996, S. 8.

Gestapostellenleiter und z. T. auch auf diejenigen anderen Gestapomitarbeiter zutreffen, die schon sehr früh der SS angehörten:

Die Jugendlichkeit des Führungspersonals: Weit über zwei Drittel hätten zu den Geburtsjahrgängen zwischen 1904 und 1912 gehört, waren also bei der Gründung des Reichssicherheitshauptamtes im Jahre 1939 zwischen 27 und 35 Jahren alt.

Gute Ausbildung: vier Fünftel besaß das Abitur, zwei Drittel eine Hochschulausbildung und ein gutes Viertel einen Doktorgrad.

Kripo, Gestapo, SD, die Elemente des späteren Reichsicherheitshauptamtes, wirkten auf junge Rechtsintellektuelle attraktiv, weil hier in der Weimarer Republik von Akademikerarbeitslosigkeit und sozialer Deklassierung Bedrohten adäquate Berufs- und Aufstiegschancen geboten wurden.

Weltanschaulicher Fanatismus: die Hinwendung zum nationalsozialistischen Verfolgungsapparat erfolgte keineswegs aus Opportunismus. Dies ergibt sich aus der Tatsache, dass ein großer Teil sich schon vor 1933 in der nationalsozialistischen Bewegung engagiert hatte.

Die ideologischen Elemente der Weltanschauung lassen sich beschreiben mit „Kriegserlebnis“, Biologisierung des Sozialen und Einheit von Gedanken und Tat. Die alten Werte hatten versagt, neue demokratische wurden abgelehnt. Statt dessen wurde durch die Biologisierung des Sozialen die Amoralisierung des Politischen vorangetrieben. Die Biologie kennt nicht gut oder böse, sondern nur gesund und krank, stark und schwach. Rassismus als intellektueller Stimulus der RSHA-Elite entsprach also nicht emotionalen Hassgefühlen, sondern der Überzeugung, Mittäter beim Vorantreiben eines objektiven und notwendigen Prozesses zu sein.[25]

Mitarbeiter und Angestellte der Gestapostelle Kassel 1933-1945

Die Gestapostelle Kassel wuchs von der Gründung im Jahre 1933 bis zum Kriegsende, wie auch die anderen Staatspolizeistellen, personell erheblich an. Während sie im Jahre 1933 ohne Schreibkräfte, Boten und Wachpersonal 10 Bedienstete umfasste, waren es am 4.1.1934 bereits 18. Unter ihnen befanden sich 2 Polizeiobersekretäre, 2 Kriminalkommissare, 3 Kriminalsekretäre und 9 Kriminalassistenten. Im Oktober 1934 waren es bereits 34 Bedienstete, und im Sommer 1935 wuchs die Gestapostelle nochmals auf jetzt 38 Bedienstete an.[26] Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges hatte die Staatspolizeistelle Kassel dann etwa 80 Angestellte und Beamte und kam mit den Schreibkräften, Boten und dem Wachpersonal auf eine Mitarbeiterzahl von etwa 250 Personen.[27] Unter diesen befanden sich nach Aussage ehemaliger Mitarbeiter auch eine ganze Reihe von Frauen; allerdings lässt sich darüber noch nichts genaueres aussagen.

25 DINGEL, Die Gestapo (wie Anm. 24), S. 8 f.

26 KLEIN, Lageberichte I (wie Anm. 2), S. 14 f.

27 Ermittlungsverfahren gegen die Angehörigen der Gestapostelle Kassel aus den 50er Jahren wegen der Deportation der Juden aus dem Regierungsbezirk, Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Js 44/50, Blatt 49.

Bei anderen Gestapostellen lag ihr Anteil zu Beginn bei ca. 10 % und stieg im Zweiten Weltkrieg bis zu 25 % an.[28]

Unter den 38 Bediensteten vom Sommer 1935, befanden sich nach einer Aufstellung vom 25. Juni 1935 insgesamt 24 im Innen- und Außendienst. Es handelte sich um leitende Beamte, Kriminalkommissare, -angestellte und -sekretäre. Nicht aufgeführt sind die sonstigen Angestellten, Boten-, Wach- und Schreibkräfte, unter denen sich wahrscheinlich auch Frauen befanden. Das Durchschnittsalter der 24 männlichen Innen- und Außendienstkräfte lag bei 36 Jahren. Der älteste Gestapomitarbeiter war 57 Jahre und der jüngste, Erich W., war 22 Jahre alt. 16 der Mitarbeiter, also zwei Drittel, waren vom Polizeipräsidium Kassel übernommen worden, ein weiterer von der Polizeidirektion Hanau. Wahrscheinlich handelt es sich bei ihnen um erfahrene Angestellte und Beamte. Von diesen 16 sind im Juni 1935 immerhin noch 8 weder Parteimitglied noch Angehörige der SA oder SS.[29]

Das Personal der Staatspolizeistelle war der NSDAP nach und nach beigetreten, und zwar überwiegend schon im Sommer und Herbst 1933. Im Juni 1935 waren zwei Drittel der Gestapoangehörigen (einschließlich der Boten, Wachleute und Schreibkräfte) Mitglieder der NSDAP oder ihrer Organisationen, darunter die sechs leitenden Beamten sowie die Kriminalangestellten, während die Kriminalsekretäre nicht weiter organisiert waren. Das beamtete Personal war fast ganz aus dem Polizeipräsidium Kassel übernommen worden. Etwa die Hälfte des Personals war im Regierungsbezirk Kassel, dem Bereich der Gestapo-Stelle, geboren, wogegen die Gestapostellenleiter durchweg aus anderen Regionen stammten.[30]

Gleichzeitig waren 7 Männer neu in die Gestapo eingestellt worden, die der SA oder der SS angehörten. Ihr Altersdurchschnitt lag bei 31 Jahren, sie waren also vergleichsweise jung. Der Altersdurchschnitt der übernommenen Gestapo-Mitarbeiter lag bei 41 Jahren.[31] Auch diese Zusammensetzung lässt sich in anderen Gestapostellen nachweisen: den übernommenen Kriminalangestellten und -beamten aus der Politischen Polizei oder dem Polizeipräsidium mit höherem Altersdurchschnitt, wurden junge Mitarbeiter zur Seite gestellt, die als Quereinsteiger von der SA oder SS in die Gestapo kamen, um die „Führerexekutive“ hineinzutragen. Durch sie sollte die „Verklammerung“ mit der SS gewährleistet und die Gestapo zu einem Instrument der Führergewalt gemacht werden.[32] Beispielhaft ist der Werdegang von Erich W., der im April 1935 mit 22 Jahren als Kriminalangestellter neu eingestellt wurde. Er war 1913 in der Nähe von Warburg als Sohn eines Gendarmerieoberwachtmeisters geboren. Im März 1932 erlangte er auf dem Reform-Realgymnasium in Arolsen das Abitur und trat einen Monat später, im Alter von 19 Jahren, in die NSDAP und in die 35. SS-Standarte ein, in deren Verwaltung er später hauptamtlich tätig war. Im März

---

28 Elisabeth KOHLHAAS: Die Mitarbeiter der regionalen Staatspolizeistellen. Quantitative und qualitative Befunde zur Personalausstattung der Gestapo, in: PAUL / MALLMANN, Die Gestapo (wie Anm. 1) S. 219-235, hier S. 222 ff.

29 Siehe die Auflistung in: KLEIN, Lageberichte II (wie Anm. 2), S. 599 f.

30 Siehe KLEIN, Lageberichte I (wie Anm. 2), S. 15.

31 Vgl. die Auflistung in: KLEIN, Lageberichte II (wie Anm. 2), S. 599 f.

32 Siehe hierzu z. B. auch: Sibylle HINZE: Vom Schutzmann zum Schreibtischmörder. Die Staatspolizeistelle Potsdam, in: PAUL/MALLMANN, Die Gestapo (wie Anm. 1), S. 118-132.

1934 beendete er diese hauptamtliche Tätigkeit, um in die Kasseler Gestapo einzutreten. Im Juli 1937 bestand er auf der Führerschule der Sicherheitspolizei die Prüfung zum Kriminalassistenten und wurde am 1.8.1937 Kriminalkommissar-Anwärter. Mit einer Unterbrechung von 1939 bis 1941, als er etwa zwei Jahre in Dresden und in Belgrad eingesetzt war, blieb Erich W. bis zum Kriegsende Angehöriger der Kasseler Gestapo. Im August 1940 wurde er bei der SD-Dienststelle der Gestapostelle Dresden zum Kriminalkommissar ernannt und im Juli 1941 zum SS-Obersturmführer befördert. Als er im Dezember 1941 wieder nach Kassel kam, übernahm er ab Januar 1942 die Leitung des Referates II E, das während des Krieges in erster Linie mit der Verfolgung ausländischer Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen befasst war.[33]

Trotz dieses personellen Zuwachses muss man sich vergegenwärtigen, dass die Gestapo Kassel den gesamten damaligen Regierungsbezirk kontrollierte, der bis Sommer 1944 noch zusätzlich den Bereich des heutigen Main-Kinzig-Kreises und des Kreises Schmalkalden umfasste. Es handelte sich um ein Gebiet von 16.760 qkm, auf dem insgesamt 2,452 Millionen Einwohner lebten.[34] So kamen im letzten Kriegsjahr, als die Gestapo Kassel mit 250 Angehörigen den höchsten Mitarbeiterstand hatte, auf einen Gestapo-Angehörigen 10.000 Einwohner. In anderen Gestapostellen sah es z. T. ähnlich aus. Angesichts dieser Größenordnung wird deutlich, dass die Gestapo-Kassel nur durch massive Unterstützung von verschiedensten Seiten ihre Kontroll- und Verfolgungspraxis ausüben konnte. Konkret sah es so aus, dass zur Verfolgung ein groß angelegter bürokratischer Verfolgungsapparat existierte, in dem nicht nur, wie im „Gesetz über die Geheime Staatspolizei vom 10. Februar 1936“ festgelegt, sämtliche Orts- und Kreispolizeibehörden als Hilfsorgane der Staatspolizeistelle fungierten, sondern flächendeckend Ämter, Institutionen und NS-Organisationen eingebunden waren. Darüber hinaus drohte die Gestapo regelrecht in einer Flut von Denunziationen aus der Bevölkerung „zu ersticken“. Dabei gab es sowohl Denunziationen, bei denen der staatliche Machtapparat für individuelle Interessen benutzt wurde, als auch solche, die aus fanatischer NS-Gesinnung heraus begangen wurden. So sah sich die Gestapo Kassel veranlasst, bereits am 26. Januar 1934 in einem Artikel in der Kasseler Post mit der Überschrift „gegen politischen Übereifer“ vor allzu leichtfertigem Denunziantentum zu warnen.[35]

Verfolgungspraxis der Gestapo Kassel bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges

Mit der Gründung der Staatspolizeistelle Kassel wurde ein umfangreiches flächendeckendes System von Informationsaustausch über Festnahmen, Schutzhaft, aber auch über den Stand der politischen Entwicklung in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen und Gruppierungen für den gesamten Regierungsbezirk entwickelt. Die Staatspolizeistelle Kassel diente als zentrale Anlauf- und

33 Ermittlungsverfahren 3a Js 21/59 der Staatsanwaltschaft Kassel gegen Erich W., Johannes Sch. und Walter A. wegen Beihilfe zum Mord, Blatt 53 ff. Die Akten wurden inzwischen dem StA MR übergeben.

34 Der große Herder, Freiburg 1933, S. 1473.

35 Siehe KAMMLER, Machtergreifung und Gestapo (wie Anm. 9), S. 138.

Sammelstelle für sämtliche Informationen – und damit waren umfangreiche Büroarbeiten verbunden. So schreibt Gerhard PAUL über die Gestapo-Angehörigen:

„Nicht der Mann im schwarzen Ledermantel, der unauffällig vermeintlichen Staatsfeinden nachjagte, war die Regel, sondern der Bürokrat hinter der Schreibmaschine, der Festnahme- und Amtshilfeersuchen formulierte, der Tagesrapporte und Lageberichte verfaßte, der Anfragen von staatlichen Verwaltungen und Parteidienststellen beantwortete, der die kommunalen Polizeidienststellen um Überprüfung und Überwachung ersuchte, der diverse Karteien führte und Paßangelegenheiten zu regeln hatte."[36]

So wurden von der Gestapo Kassel die Kreispolizeibehörden (hierzu zählt KLEIN den Polizeipräsidenten von Kassel, den Polizeidirektor und Landrat von Hanau, die Landräte der Kreise und die Oberbürgermeister von Marburg und Fulda[37]) angewiesen, nicht nur tägliche Berichte über – I. Festnahmen, II. Schutzhaft, III. Besonderes – an die Gestapo-Stelle Kassel zu schicken, sondern darüber hinaus monatliche umfangreiche Lageberichte, die acht Unterpunkte berücksichtigen sollten:

1. Allgemeine Übersicht über die innenpolitische Entwicklung im Berichtsmonat
2. Stand der Tätigkeit der staatsfeindlichen Bestrebungen
   a) Marxismus und Kommunismus, SAP
   b) Monarchistische Bestrebungen, Ultramontanismus, Liberalismus
   c) Opposition (Schwarze Front, Tannenbergbund usw.)
3. Kirchenpolitik
   a) Evangelische Kirche
   b) Katholische Kirche
   c) Deutsche Glaubensbewegung
4. Wirtschafts- und Agrarpolitik
5. Kulturpolitik (insbes. Presse)
6. NSDAP und ihre Gliederungen
7. Juden, Freimaurer
8. Ausländer, Spionage, Landesverrat.[38]

Diese Berichte wiederum wurden von der Gestapo-Stelle Kassel zusammengefasst und als monatliche Lageberichte an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin geschickt.[39] Neben diesen Berichten verfügte die Staatspolizeistelle über

36 Gerhard PAUL: Kontinuität und Radikalisierung. Die Staatspolizeistelle Würzburg, in: PAUL / MALLMANN, Die Gestapo (wie Anm. 1), S. 161-177, hier S. 168.

37 KLEIN, Lageberichte I (wie Anm. 2), S. 33.

38 Ebd. S. 31.

39 Auch diese Lageberichte sind für den Zeitraum von Juli 1933 bis Februar 1935 fast vollständig erhalten und wurden von Thomas KLEIN 1986 mit weiteren ergänzenden Materialien herausgegeben. Unter diesen Materialien befinden sich auch die „Tagesberichte und Ereignismeldungen der Staatspolizeistelle Kassel an das Geheime Staatspolizeiamt vom Januar 1934 bis zum Dezember 1935", siehe KLEIN, Lageberichte II (wie Anm. 2), S. 772 ff; Siehe auch: Thomas KLEIN: Widerstand und Verfolgung in Hessen im Spiegel der Gestapo-Lageberichte (1933-1936), in: Renate KNIGGE-TESCHE und Axel ULRICH (Hg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945, Frankfurt/Main 1996, S. 12-25.

zahlreiche weitere Informationsmöglichkeiten, die immer wieder aus Hinweisen wie „vertrauliche Informationen“ oder auf „SS-Vertrauensmänner“ hervorgehen. Dazu wurden auch allgemeine Besprechungen mit den SS-Vertrauensmännern der Gestapostelle in den Stadt- und Landkreisen abgehalten, und es gab Treffen mit lokalen Spitzen von Verwaltung und NS-Bewegung. Und schließlich gab es, wie bereits oben erwähnt, die Flut von Denunziationen.[40] Auf der Grundlage dieser Informationen wurden von der Gestapo, Polizei und Hilfspolizei im gesamten Regierungsbezirk Menschen überwacht, verhört, misshandelt und inhaftiert. Die Verhaftung erfolgte als sogenannte „Schutzhaft“ und war durch die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 der richterlichen Kontrolle entzogen.

Einrichtung des Konzentrationslagers Breitenau 1933-1934

Zur Inhaftierung der vielen politischen Gegner wurde im Juni 1933 im ehemaligen Kloster und späteren Arbeitshaus Breitenau in Guxhagen bei Kassel ein zentrales Konzentrationslager für den gesamten Regierungsbezirk eingerichtet.[41] Die Einrichtung erfolgte durch Pfeffer von Salomon noch in seiner Eigenschaft als Polizeipräsident, der aber schon vier Wochen später auch die zusätzliche Funktion des Gestapostellenleiters innehatte. In der Zeit vom Juni 1933 bis zum März 1934 waren dort 470 überwiegend politische Gefangene aus etwa 140 hessischen Orten inhaftiert. Unter den Gefangenen befanden sich auch mehrere Juden, die aus rein rassistischen Gründen verhaftet worden waren. In dem Lager erlitten sie Demütigungen, Misshandlungen und Schikanen und sollten dazu gebracht werden, sich den Normen des NS-Staates unterzuordnen. Etwa ein Fünftel der Gefangenen wurde ab dem Herbst 1933 in die ersten zentralen Konzentrationslager überführt. Die anderen wurden z. T. gegen Auflagen entlassen oder aber Gerichten überstellt, wo sie in vielen Fällen wegen „Hochverrats“ zu langjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Für Verhaftungsaktionen stand der Gestapo Kassel seit Dezember 1933 eine Bereitschaft des Feldjägerkorps zur Verfügung. Es bestand aus 40 bis 65 SA-Männern, die als besonders „zuverlässig“ galten und für polizeiliche Aufgaben ausgebildet worden waren.[42]

Aufbau der Gestapostelle Kassel ab 1936/37

Ab August 1936 wurden die Gestapo(leit)stellen schrittweise zur Vereinheitlichung neu strukturiert und in drei Abteilungen gegliedert. Die drei Abteilungen wiederum wurden in verschiedene Referate unterteilt und erhielten in den Regionen dieselben Bezeichnungen wie im Geheimen Staatspolizeiamt bzw. dem späteren Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)[43]:

---

40 KLEIN, Lageberichte I (wie Anm. 2), S. 34.

41 Siehe hierzu: Dietfrid KRAUSE-VILMAR: Das Konzentrationslager Breitenau. Ein staatliches Schutzhaftlager 1933/34, 2. durchgesehene Auflage, Marburg 2000.

42 KLEIN, Lageberichte I (wie Anm. 2), S. 15.

43 Gabriele LOTFI: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, München 2000, S. 33.

Abteilung I - Verwaltung, Personalangelegenheiten: Sie war zuständig für Personal- und Wirtschaftsfragen. In ihr wurden die Personal-, Fürsorge- und Unterstützungsangelegenheiten bearbeitet, außerdem die Besoldung der Beamten, Vergütung der Angestellten und Lohnempfänger, die Bearbeitung von Reise- und Umzugskosten, Trennungsentschädigung sowie die Bearbeitung von Kraftfahrzeug-, Fernschreibe- und Fernsprechangelegenheiten. Sie war in folgende Referate unterteilt:

– Personal-, Fürsorge- und Unterstützungsangelegenheiten
– Besoldung der Beamten, Vergütung der Angestellten und Lohnempfänger
– Reise- und Umzugskosten etc.
– Kraftfahrzeug-, Fernschreibe- und Fernsprechangelegenheiten.

Abteilung II – Innere politische Polizei: Gegnererforschung und -bekämpfung: Sie war die Hauptabteilung, und in ihr wurden die „innenpolitischen Sachen" bearbeitet. Sie war in folgende Referate unterteilt:

II A: – Politische Gegner: Kommunismus, Marxismus, Heimtücke, Rundfunk
II B: – Kirchenüberwachung, Sekten, Freimaurerei und Juden (das sogenannte „Judenreferat")
II C: – Reaktion, Opposition
II D: – Schutzhaft, Registratur, Hauptkartei-Schutzhaft, Konzentrationslager, AEL (= Arbeitserziehungslager), U- und Strafhaft, Polizeigewahrsam
II E: – Wirtschafts-, agrar- und sozialpolitische Angelegenheiten, Vereinswesen.

Abteilung III : Abwehr, Spionage und Landesverrat: Sie war ebenfalls in mehrere Referate unterteilt:

– Wirtschaftsvergehen
– Arbeitssabotage
– Wehrmittelbeschädigung in der Rüstungsindustrie
– Abwehrbeauftragte in der Rüstungsindustrie
– Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen.[44]

An der Spitze stand der Gestapostellenleiter. Sein Stellvertreter war gleichzeitig Leiter der Exekutive, d. h. der Abteilungen II und III. Außerdem gab es für jede Abteilung noch einen zusätzlichen Leiter. Die verschiedenen Referate der drei Abteilungen wurden von einzelnen Referatsleitern (in der Regel Kriminalkommissaren) geleitet, die wiederum verschiedene Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Kriminalangestellte, -sekretäre, Boten, Schreibkräfte etc.) hatten. Die Leiter der einzelnen Abteilungen und Referate und deren Mitarbeiter ließen sich bisher erst aus der Kriegszeit ermitteln und auch dabei in vielen Fällen nicht eindeutig. Dies hängt u. a. damit zusammen, dass die Informationen darüber vor

44 Bei der Darstellung des Aufbaus der Gestapostelle Kassel handelt es sich um eine Rekonstruktion auf der Grundlage von verschiedenen Aussagen ehemaliger Gestapo-Angehöriger in Ermittlungsverfahren, insbesondere im Ermittlungsverfahren gegen Erich W., Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Js 21/59, den letzten Leiter der Gestapostelle Kassel Franz Marmon, Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Ks 3/51 und gegen die Gestapo-Angehörigen wegen der Judendeportationen, Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Js 44/50. (Die Akten wurden inzwischen dem StA MR übergeben.) Zum Aufbau der einzelnen Abteilungen und Referate siehe auch in BUCHHEIM, Die SS (wie Anm. 11), S. 57 f. und in RÜRUP, Topographie (wie Anm. 10), S. 73 ff.

allem aus Aussagen in Ermittlungsverfahren der Nachkriegszeit stammen und z. T. widersprüchlich sind. Da mit den Leitungsfunktionen auch eine höhere Verantwortung für die von der Gestapo begangenen Verbrechen verbunden war, ist durchaus anzunehmen, dass diese Funktionen von den betreffenden Personen z. T. abgestritten und solchen Mitarbeitern zugeschrieben wurden, die umgekommen oder flüchtig waren. Außerdem waren die Gestapo-Angehörigen im Laufe ihres Dienstes z. T. in verschiedenen Referaten oder auch Abteilungen tätig und haben auch unterschiedliche Funktionen in der Hierarchie wahrgenommen.

Im Juli 1936 wurde Fritz Pfeffer von Salomon an das Regierungspräsidium in Wiesbaden versetzt und dort zum kommissarischen Regierungspräsidenten ernannt. Vorausgegangen war der Versetzung eine Untersuchung der Gestapostelle Kassel durch das Geheime Staatspolizeiamt Berlin, weil ihr angeblich bei der Verfolgung von Kommunisten schwere Fehler unterlaufen seien, was möglicherweise auf eine konspirative Tätigkeit von Gestapo-Beamten hindeutet. Obwohl sich dieser Verdacht nicht bestätigte, wurden einige Versetzungen vorgenommen und Fritz Pfeffer von Salomon nach Wiesbaden versetzt.[45] Wenn man allerdings berücksichtigt, dass im Juni 1936 Himmler zum Chef der deutschen Polizei ernannt wurde, damit die „Verklammerung von SS und Polizei“ erreicht war und ab diesem Zeitpunkt die Polizei – neben Allgemeiner SS und bewaffneter SS – als „dritte Säule“ der SS galt[46], ist es durchaus naheliegend, dass der SA-Gruppenführer Pfeffer von Salomon abgesetzt wurde, um in Zukunft sowohl auf dem Posten des Kasseler Gestapostellenleiters als auch dem des Polizeipräsidenten höheren SS-Angehörigen Platz zu machen.

In der Tat wurden ab diesem Zeitpunkt Polizeipräsidium und Staatspolizeistelle Kassel sachlich getrennt und zukünftig jeweils ein Gestapostellenleiter und ein Polizeipräsident ernannt. In einem Schreiben der Staatspolizeistelle vom Februar 1937 ist daher auch von zwei vollkommen getrennten Behörden die Rede, die nur zur Zeit noch im gleichen Gebäude ihren Sitz haben.[47] Im März 1938 wurde auch dies geändert und die Staatspolizeistelle zog schließlich in ein „reichseigenes Gebäude“ in der Wilhelmshöher Allee 32.[48] Dennoch gab es – ganz im Sinne des Gestapo-Gesetzes von 1936, nach dem die Polizeibehörden als „Hilfsorgane“ der Gestapo fungierten – eine enge Zusammenarbeit. Dies wurde auch dadurch begünstigt, dass beide Gebäude relativ eng beieinander standen. Die Gestapo-Gefangenen waren nach ihren Verhaftungen für die Verhöre meist in den Zellen des Polizeipräsidiums untergebracht; die Verhöre fanden dann entweder im Polizeipräsidium oder im Gestapogebäude statt. Wenn Gestapo-Gefangene während des Krieges von Kassel nach Breitenau oder auch in Konzentrationslager überführt werden sollten, wurde dies von der „Transportabteilung“ beim Polizeipräsidenten durchgeführt.[49]

---

45 KLEIN, Lageberichte I (wie Anm. 2), S. 26.

46 BUCHHEIM, Die SS (wie Anm. 11), S. 60.

47 KLEIN, Lageberichte I (wie Anm. 2), S. 27.

48 Trotz vielfältiger Bemühungen ist es bis jetzt nicht gelungen, ein Foto dieses Gebäudes aufzufinden.

49 Aussage von Ernst Sch., ehem. Leiter des Referats II D, Berufungskammer 1949.

Die Kasseler Polizeipräsidenten während der NS-Zeit

Da den Orts- und Kreispolizeibehörden als Hilfsorganen der Gestapostelle Kassel eine wichtige Funktion zukam und auch die Polizei mit der SS „verklammert“ werden sollte, um so aus ihr ein „Instrument der Führergewalt“ zu machen, soll auch ein Blick auf die Kasseler Polizeipräsidenten in der NS-Zeit geworfen werden.

Während mit Pfeffer von Salomon ein kriegsversehrter, mehrfach dekorierter Frontoffizier und hoher SA-Führer das Amt des Polizeipräsidenten und des Leiters der Staatspolizeistelle Kassel innehatte, wurden nach seiner Amtszeit, ab 1937, auch als Polizeipräsidenten nur noch Vertrauensleute der SS eingesetzt. An ihren Biographien wird die „Verklammerung“ von SS und Polizei recht deutlich:

Zunächst wurde Max Henze (Jg. 1899), kaufmännischer Angestellter und hoher SS-Offizier, ab 1937 Kasseler Polizeipräsident. Er war bereits 1927 im Alter von 28 Jahre SS-Anwärter und trat 1928 in die NSDAP ein. Ab 1934 war er Verbindungsmann der SS im Geheimen Staatspolizeiamt Berlin und nannte sich „Führer des SS-Kommandos Gestapa[50]“. Kasseler Polizeipräsident war Henze von Januar 1937 bis März 1940. Vom 1.4.1940 war er dann Polizeipräsident in Danzig, später in Essen. 1945 wurde er verhaftet und 1947 an Polen ausgeliefert. Henze starb 1951 in Bromberg[51] – möglicherweise wurde er zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Von April 1940 bis Januar 1941 war übergangsweise der, wie Klein schreibt, „früher notorisch republikfeindliche Verwaltungsmann [Karl] Wegeler“ Kasseler Polizeipräsident.[52]

Nachfolger von Wegeler war Dr. jur. Herbert Böttcher, 1907 in Adlig Prökuls, Krs. Memel, geboren. Nach dem Abitur studierte er Rechtswissenschaften und promovierte 1931 zum Dr. jur. in Leipzig. Obwohl er schon seit 1933 aktiv in der NSDAP des Memelgebietes tätig war, trat er erst 1939 in die Partei und in die SS ein. Bei der SS stieg er vom Sturmbannführer bis zum SS-Oberführer auf. Von Oktober 1940 (im Alter von 33 Jahren) bis Ende 1941/Anfang 1942 war er Polizeipräsident in Kassel. Danach war er SS- und Polizeiführer im Distrikt Radom und ab November 1944 Generalmajor der Polizei in Königsberg.[53] Im Rahmen seiner Funktion als SS- und Polizeiführer im Distrikt Radom wurden unter seiner Leitung und seines Stabes ab August 1942 etwa 317.000 Juden in das Lager Treblinka deportiert und dort ermordet. Nach 1945 wurde er an Polen ausgeliefert und zum Tode verurteilt. 1952 wurde er hingerichtet.[54]

Nachfolger Böttchers als Kasseler Polizeipräsident wurde 1942 Otto Emil Max von Proeck, der aus einer preußischen Adelsfamilie stammte. Er war 1935

---

50 Gestapa = Geheimes Staatspolizeiamt

51 Thomas KLEIN: Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867-1945, (QFHG 70) Darmstadt und Marburg 1988, S. 139.

52 KLEIN, Beamte (wie Anm. 51), S. 78; siehe auch ebd. S. 233 f.

53 Ebd. S. 100.

54 Eberhard JÄCKEL, Peter LONGERICH, Julius H. SCHOEPS (Hg.): Enzyklopädie des Holocausts. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Band I, Berlin 1993, S. 234.

in die SS eingetreten und bis zum SS-Brigadeführer aufgestiegen. 1939 wurde er im Polizeipräsidium Nürnberg in polizeiliche Aufgaben eingewiesen, und von Oktober 1939 bis 1941 war er Polizeipräsident in Bromberg. Anschließend übernahm von Proeck bis 1944 die Leitung des Polizeipräsidiums in Kassel.[55]

Vom 19. März 1944 bis zum Kriegsende war Lucian Wysocki Kasseler Polizeipräsident. Er war 1899 im Kreis Stargard geboren. Nach der Volksschule besuchte er eine Vorbereitungsstätte für den Beruf des Volksschullehrers, schloss diese Ausbildung aber wohl nicht ab. Später wurde er Betriebsobmann im Aachener Kohlenrevier. 1929 trat er in die NSDAP und in die SA ein und stieg dort zum Führer mehrerer SA-Einheiten auf. 1937 wurde er zum Polizeipräsidenten in Mülheim an der Ruhr ernannt und 1939 zum Polizeipräsidenten in Duisburg. Im Juni 1940 trat Wysocki in die SS als Brigadeführer ein und wurde im August 1941 zum SS- und Polizeistandortführer von Kowno ernannt. Im September 1941 wurde er zum Generalmajor der Polizei befördert und war dann bis Juni 1943 SS- und Polizeiführer Ostland. Vom März 1944 bis zum Kriegsende war Wysocki dann Polizeipräsident in Kassel.[56] Seine Beförderung zum Generalmajor der Polizei stand möglicherweise damit in Zusammenhang, dass in Kowno ab dem August 1941, als Wysocki gerade zum SS- und Polizeistandortführer ernannt worden war, ein Massenmord an 3.000 Juden begangen wurde.[57]

Verfolgungsmaßnahmen der Gestapostelle Kassel 1937-1939

Nachfolger Pfeffer von Salomons in der Funktion des Gestapostellenleiters wurde der Regierungsassessor (spätere Regierungsrat) und SS-Untersturmführer Günther Herrmann. Er war bereits seit Dezember 1935 unter Pfeffer von Salomon Dezernent der Staatspolizeistelle Kassel. Am 22.7.1936 erhielt er von Heinrich Himmler eine Mitteilung, dass Pfeffer von Salomon zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Wiesbaden ernannt worden sei und er selbst mit der kommissarischen Leitung der Staatspolizeistelle beauftragt werde.[58] Herrmann leitete die Staatspolizeistelle Kassel bis 1939; seit 1937 war er zudem Führer des SD-Unterabschnitts Kassel.

Der Zeitraum, innerhalb dessen Herrmann die Gestapostelle Kassel leitete, war geprägt von einer Ausdehnung der Verfolgung von den zunächst politischen Gegnern auf die jüdische Bevölkerung und die Randgruppen der Gesellschaft. So erreichte z. B. die Ausgrenzung und Verfolgung von Sinti und Roma einen neuen Höhepunkt. Ab 1937 mussten sie auf einem überwachten Areal auf der Wartekuppe in Niederzwehren leben, welches sie nur zur Arbeit verlassen durften. Bei der Einrichtung des Sammelplatzes waren es 39 Wohnwagen, in denen etwa 200 Menschen wohnten. Im Sommer 1938 wurde das Lager eingezäunt und seit Dezember 1938 durch Vereinbarung mit der Geheimen Staatspolizei ein Wachdienst eingerichtet, der abwechselnd von Beamten der Schutzpolizei und des Stadtpolizeiamtes versehen wurde. Um die Jahreswende 1939/40 wurden die

55 KLEIN, Beamte (wie Anm. 51), S. 190.
56 Ebd. S. 242 f.
57 Eberhard JÄCKEL u. a., Enzyklopädie (wie Anm. 53), S. 804.
58 KLEIN, Lageberichte I (wie Anm. 2), S. 26.

Sinti deportiert, wahrscheinlich zunächst nach Buchenwald und von dort später in die Vernichtungslager in Polen.[59]

Außerdem werden in diesem Zeitraum die großen zentralen Konzentrationslager unter SS-Führung eingerichtet, in die von der Gestapo Kassel auch zahlreiche Gefangene aus dem Regierungsbezirk eingewiesen wurden. In vielen Fällen überstellte die Justiz politische Gefangene nach deren Haftverbüßung der Gestapo, die sie dann in „Schutzhaft" nahm und in die zentralen Konzentrationslager deportieren ließ. Die Überführungen in die Konzentrationslager wurden in diesen Fällen von der Gestapo Kassel beim Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin beantragt. So z. B. Max Mayr aus Kassel, ehemaliges Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), der 1936 zu zweieinhalb Jahren Zuchthausstrafe in Wehlheiden verurteilt worden war und anschließend für sieben Jahre im KZ Buchenwald inhaftiert wurde.[60] Auch Georg Merle aus Kassel, ehemaliges Mitglied der Bezirksleitung der KPD im Bezirk Hessen-Waldeck wurde 1937, nachdem er drei Jahre Haft in Wehlheiden verbüßt hatte, von der Gestapo Kassel in die Konzentrationslager Lichtenburg und Buchenwald verbracht.[61]

Einen Einblick in die alltägliche Praxis der Verfolgung und Überwachung der Gestapostelle Kassel in den Jahren 1937 bis 1940 gibt das erhaltene Geschäftsbuch des Landrats von Hersfeld. Die meisten der darin eingetragenen Vorgänge bezogen sich darauf, dass die Gestapo die Überprüfung von Personen anordnete und von der örtlichen Polizei Berichte anforderte. Überprüft wurden Arbeiter, Lehrer, Ärzte, Unternehmer, Umgezogene, Rückwanderer, Verdächtige und Personen, die einfach in einem der vielen Kontroll-Siebe der Gestapo hängen geblieben waren.[62]

Schließlich erreichte die Verfolgung der Juden mit der sogenannten „Reichskristallnacht" in der Zeit, in der Herrmann die Gestapostelle Kassel leitete, ihren ersten Höhepunkt – und Nordhessen bildete hierbei auf Reichsebene sogar den „Vorreiter". Die Ausschreitungen in Kassel begannen bereits am Abend des 7. November. Das Innere der Synagogen in der unteren Königsstraße und in der Großen Rosenstraße wurde zerstört und zahlreiche jüdische Geschäfte demoliert. Im Zuge der Pogrome wurden 258 jüdische Männer aus Kassel und 437 aus der nordhessischen Region verhaftet und anschließend für mehrere Wochen im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert, wo auch mehrere von ihnen starben.[63] Anschließend setzte die endgültige Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben ein. Gleichzeitig wurde ihnen das Leben durch zahlreiche Verordnungen und Verbote unerträglich gemacht, um sie zur Auswanderung zu zwingen. 1938 setzte die „Ghettoisierung" in Deutschland ein, und die jüdischen Familien wurden in Kassel und in anderen Gemeinden und Städten in sogenannten Judenhäusern eng zusammengepfercht. Diese gesamten Verfolgungsmaßnahmen wurden von

59 KAMMLER, KRAUSE-VILMAR, Volksgemeinschaft I (wie Anm. 17), S. 218 f.
60 Ebd. S. 360 f.
61 Ebd. S. 352 f.
62 Ebd. S. 282.
63 Siehe Wolf-Arno KROPAT: Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden 1988, S. 167 ff; Harry STEIN: Juden in Buchenwald 1937-1942, Gedenkstätte Buchenwald/Weimar 1992, S. 59 ff.

der Gestapo Kassel unter Einbeziehung von SS, Polizei, Kriminalpolizei, NSDAP-Gliederungen und anderen Behörden organisiert und durchgeführt.[64]

1939 verließ Günther Herrmann die Gestapostelle Kassel und wurde wissenschaftlicher Leiter der Sicherheitspolizei-Führerschule in Berlin. Ab März 1941 war er dann im „Kriegseinsatz“ u. a. in Russland und Kroatien.[65]

Verfolgungsmaßnahmen der Gestapo Kassel während des Zweiten Weltkrieges

Während in der Vorkriegszeit und noch bis zu Beginn des Krieges die Überwachung und Verfolgung der tatsächlichen oder vermeintlichen Gegner in der deutschen Bevölkerung den Schwerpunkt der Tätigkeit der Gestapo bildete, bekam für sie im Verlauf des Krieges die Überwachung und Verfolgung der Millionen von ausländischen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen einen immer größeren Stellenwert, bis er fast vollständig zu ihrem Verfolgungsfeld wurde.[66] Der andere große Bereich, in den die Gestapo zutiefst involviert war, betraf die Deportation der Juden in die Ghettos und Vernichtungslager. Auch bei der Kasseler Gestapo lässt sich dieser Prozess feststellen. Leiter der Gestapostelle war von 1939 bis 1941 der Regierungsrat und SS-Sturmbannführer Rudolph Korndörfer. In dieser Zeit gab es neben der Außenstelle in Hanau noch weitere Außenstellen der Gestapo Kassel in Fulda und Marburg und mindestens eine Nebenstelle in Allendorf (heute Stadtallendorf).

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren allein in Kassel etwa 30.000 ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen bei fast 500 Betrieben zur Arbeit zwangsverpflichtet.[67] Untergebracht waren sie in zahlreichen Barackenlagern, aber auch Schulen, wie die Fasanenhofschule, Tanzsäle von Gastwirtschaften und Wohnungen dienten als Unterkünfte. Kassel war übersät von etwa 200 Unterkunftsstätten. Hinzu kamen Zehntausende von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen im gesamten Bereich des Regierungsbezirkes Kassel, die dort nicht nur in den Städten, wie z. B. Fulda, Marburg und Hanau, sondern auch auf dem Lande in der gesamten Landwirtschaft verpflichtet waren.[68] Die

---

64 Siehe hierzu: Wolfgang PRINZ: Die Judenverfolgung in Kassel, in: Wilhelm FRENZ, Jörg KAMMLER, Dietfrid KRAUSE-VILMAR (Hg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Band 2: Studien, Fuldabrück 1987, S. 144-222; Horst KOTTKE: Die endgültige Verdrängung der Juden aus der Kasseler Wirtschaft im Jahre 1938, ebenda, S. 223-254; KAMMLER und KRAUSE-VILMAR, Volksgemeinschaft I (wie Anm. 17), S. 228-272.

65 PAUL, Akademiker (wie Anm. 23), S. 245 f.

66 Siehe hierzu auch: Dietfrid KRAUSE-VILMAR: Zur Rolle der Geheimen Staatspolizei Kassel im Krieg (1940-1945), in: Rundbrief des Fördervereins der Gedenkstätte Breitenau, Nr. 12, Kassel 1993, S. 48-60.

67 Siehe hierzu u. a: Thomas EWALD, Christoph HOLLMANN, Heidrun SCHMIDT: Ausländische Zwangsarbeiter in Kassel 1940-1945, Kassel 1988; Dietfrid KRAUSE-VILMAR: Ausländische Zwangsarbeiter in der Kasseler Rüstungsindustrie (1940-1945), in: FRENZ, KAMMLER, KRAUSE-VILMAR, Volkgemeinschaft II (wie Anm. 64), S. 388-414; Gunnar RICHTER: Niederländische Zwangsarbeiter während des 2. Weltkrieges in Kassel, Kassel 2001.

68 Siehe hierzu: Ursula KRAUSE-SCHMITT, Jutta VON FREYBERG, Friedrich WEHE: Heimatgeschichtlicher Wegweise zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945, Hessen II, Regierungsbezirke Gießen und Kassel, Frankfurt/Main 1996; Ursula KRAUSE-SCHMITT, Jutta VON FREYBERG: Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Wider-

Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen mussten in der Regel täglich 12 Stunden gegen einen Hungerlohn unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten, und es kam vermehrt zu Arbeitsverweigerungen und Fluchtversuchen. Um diejenigen zu bestrafen, die sich diesem Arbeitseinsatz widersetzten oder zu fliehen versuchten, wurden im Verlauf des Zweiten Weltkrieges in Deutschland von den Gestapostellen etwa 100 Straflager mit der Bezeichnung „Arbeitserziehungslager“ eingerichtet. Die ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen sollten in diesen Arbeitserziehungslagern unter KZ-ähnlichen Haftbedingungen für den bedingungslosen Arbeitseinsatz gefügig gemacht werden.[69]

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kassel
Aussendienststelle Marburg/L.
Z.-Nr. - II E - 152/43 -

Marburg/L. Kassel, den 12. Juli 1943
Kilian
Fernsprecher: Nr. 2925

Haftsache

An den
Herrn Leiter der Landesarbeitsanstalt Breitenau
in B r e i t e n a u.

Eing.

Betrifft: Französischen Zivilarbeiter Louis M , geb.am 7.2.1922 in , wegen Bummelei auf seinem Arbeitsplatz.

Vorgang: Ohne.

Anlagen: - 1 - Einweisungsverfügung.

In der Anlage übersende ich eine Einweisungsverfügung über den Obengenannten und bitte, diesen nach seiner Entlassung am 25.8.1943 mit Sammeltransport dem Gerichtsgefängnis in Marburg/L zu überstellen.

Werner

Sa.

Abb. 2: Haftschreiben der Außendienststelle der Geheimen Staatspolizei Kassel im Kilian in Marburg/Lahn gegen den 21jährigen französischen Zwangsarbeiter Louis M., der in der Munitionsfabrik in Allendorf (heute Stadtallendorf) zwangsverpflichtet war und auf seinem Arbeitsplatz „gebummelt“ hatte. Louis M. wurde daraufhin sechs Wochen im Arbeitserziehungslager Breitenau inhaftiert und später, über das Gerichtsgefängnis Marburg, wieder zum Arbeitseinsatz in die Munitionsfabrik gebracht. Im Dezember 1943 wurde er erneut wegen Arbeitsverweigerung von der Gestapo verhaftet und in das AEL Breitenau mit der Absicht eingewiesen, in ein Konzentrationslager deportiert zu werden. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt. (Quelle: Archiv des LWVHessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 6419.)

standes und der Verfolgung 1933-1945, Hessen I, Regierungsbezirk Darmstadt, Frankfurt/Main 1995.

69 Siehe hierzu: Gabriele LOTFI, KZ der Gestapo (wie Anm. 43), passim.

Das Arbeitserziehungslagers (AEL) Breitenau (1940-1945) als zentrale Haftstätte

Im Mai 1940 errichtete die Gestapo Kassel unter dem damaligen Leiter Rudolph Korndörfer in Breitenau das zentrale Arbeitserziehungslager für den gesamten Regierungsbezirk Kassel.[70] Von der Gestapo Weimar wurde das AEL Breitenau für weibliche Gefangene aus Thüringen mitbenutzt. Außerdem diente es beiden Gestapostellen zur Inhaftierung von deutschen Gefangenen, die überwiegend aufgrund ideologischer Verstöße verhaftet worden waren und bei denen teilweise Anträge auf Einweisung in Konzentrationslager liefen. Etwa 8.500 ausländische und deutsche Gefangene waren dort im Verlauf des Krieges inhaftiert, wodurch das AEL Breitenau zur wichtigsten Gestapo-Haftstätte für ganz Nord- und Osthessen wurde. Die Gefangenen kamen aus Hunderten von Ortschaften und Städten der heutigen Landkreise Kassel, Schwalm-Eder, Werra-Meißner, Waldeck-Frankenberg, Marburg-Biedenkopf, Hersfeld-Rotenburg, Fulda, Main-Kinzig und Hanau. Aus den Unterlagen lassen sich regionale Bezüge zu über 900 verschiedenen letzten Wohnorten der Gefangenen herstellen.

Wenn eine Anzeige, eine Denunziation oder eine Verhaftung (z. B. durch Orts- oder Kreispolizeibehörden) vorlag, die in den Bereich der Gestapo fiel, wurde entschieden, welches der Referate in den Abteilungen II oder III dafür zuständig war. In diesem Referat wurden die Ermittlungen und Verhöre durchgeführt. Anschließend verfassten die Sachbearbeiter einen Vernehmungsbericht und je nach Einschätzung einen Vorschlag auf Verhaftung und Einweisung in das Arbeitserziehungslager Breitenau, der dem zuständigen Referatsleiter vorgelegt wurde. Dieser entschied größtenteils in eigener Verantwortung über die endgültige Bestrafung und konnte die Einweisung in ein AEL bis zu 21 Tagen anordnen. Bei längeren Haftzeiten oder einem Antrag auf Einweisung in ein Konzentrationslager wurde mit dem Leiter der Gestapo Rücksprache gehalten. Anträge auf Einweisungen in ein Konzentrationslager wurden von der Gestapostelle an das Reichssicherheitshauptamt gerichtet.[71]

In der Gestapostelle Kassel (aber auch in anderen Gestapostellen) entwickelte sich ab diesem Zeitraum das Referat II E, das u. a. für „Leistungsverweigerung in Betrieben, Arbeitsbummelei und Arbeitsvertragsbrüche“ zuständig war, immer mehr zu einem Referat, das fast ausschließlich mit der Kontrolle, Überwachung und Verfolgung von ausländischen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen zu tun hatte. Ein Beispiel von vielen ist das der jungen Russin Soja W., die im August 1943 von der Gestapo Kassel verhaftet und für drei Wochen in das AEL Breitenau eingewiesen wurde, *weil sie ihre Arbeit verweigert und ihre Arbeitsstelle verlassen hat.* Sie war erst 15 Jahre alt. Ihr Haftschreiben vom Referat II E ist vom stellvertretenden Gestapochef Kriminalrat und SS-Sturmbannführer Otto Altekrüger unterschrieben. Nach einigen Wochen Haft wurde sie zum erneuten Arbeitseinsatz verpflichtet.[72]

---

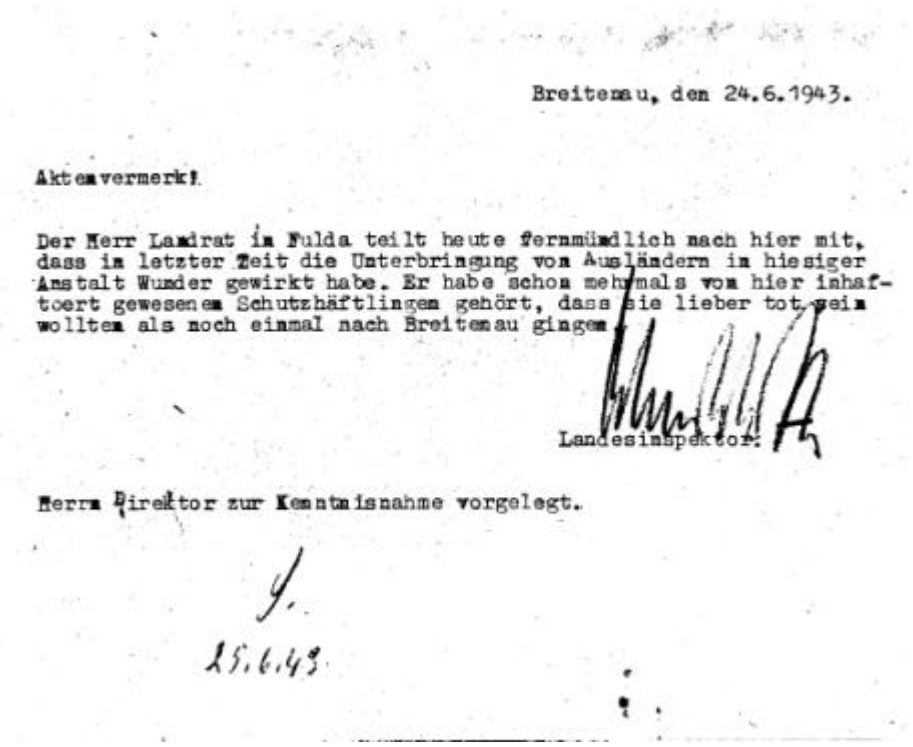
70 Siehe hierzu: Gunnar RICHTER (Hg.): Breitenau – Zur Geschichte eines nationalsozialistischen Konzentrations- und Arbeitserziehungslagers, Kassel 1993.

71 RICHTER, Breitenau (wie Anm. 70), S. 132 ff.

72 Gefangenenakte von Soja W., Archiv Gedenkstätte Breitenau, Archivbestand des LWV-Hessen, Bestand 2, Nr. 7449.

Insgesamt wurden während der Kriegsjahre etwa 6.000 ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen von der Gestapo Kassel in das Arbeitserziehungslager Breitenau eingewiesen, die vorher im Bereich des Regierungsbezirks Kassel zwangsverpflichtet waren und etwa 400 ausländische Gefangene von der Gestapo Weimar aus Thüringen.

Der Lageralltag war geprägt von Terror, Misshandlungen und Schikanen. Die Gefangenen mussten schwer arbeiten, viel hungern und hatten in den Wintermonaten extrem unter der Kälte zu leiden.



Breitenau, den 24.6.1943.

Aktenvermerk!

Der Herr Landrat in Fulda teilt heute fernmündlich nach hier mit, dass in letzter Zeit die Unterbringung von Ausländern in hiesiger Anstalt Wunder gewirkt habe. Er habe schon mehrmals von hier inhaftiert gewesenen Schutzhäftlingen gehört, dass sie lieber tot sein wollten als noch einmal nach Breitenau gingen.

Landesinspektor:

Herrn Direktor zur Kenntnisnahme vorgelegt.

25.6.43.

Abb. 3: Aktenvermerk über einen Anruf des Fuldaer Landrats im Arbeitserziehungslager Breitenau, in dem er der Lagerleitung ein zynisches Kompliment dafür aussprach, „wie gut“ das Straflager auf ausländische Gefangene wirke. Das Dokument zeigt auch, wie die Kreispolizeibehörden, in diesem Fall der Fuldaer Landrat, als „Hilfsorgane der Staatspolizeistellen“ fungierten. (Quelle: Archiv des LWV-Hessen, Bestand 2 [Breitenau], Nr. 9735.)

Während die meisten der ausländischen Gefangenen nach einer Haftdauer von ein bis zwei Monaten in Breitenau wieder zum Arbeitseinsatz in die Industrie oder in die Landwirtschaft kamen, wurden etwa ein Fünftel von ihnen durch die Gestapo in verschiedene Konzentrationslager deportiert. Dies geschah oftmals dann, wenn sie Sabotage oder aktiven Widerstand begangen hatten. Bei den Deportationen waren neben den Mitarbeitern des Referats II E, die die „Deportationsvorschläge“ ausarbeiteten, die Gestapo-Bediensteten des Referats II D (Schutzhaftreferat) maßgeblich tätig. Da immer mehr ausländische Gefangene in Konzentrationslager verschleppt worden sind, und entsprechend auch die Antragsfülle an das RSHA ständig zunahm, wurden die Verfahren im Mai 1943 dahingehend geändert, dass die Gestapostellen für polni-

sche Gefangene Schutzhaft und Einweisung in Konzentrationslager in eigener Zuständigkeit anordnen konnten. Das RSHA war über diesen Vorgang dann nur noch zu unterrichten.[73] Entsprechend wurden auch von der Gestapo Kassel ab diesem Zeitpunkt in eigener Zuständigkeit polnische Gefangene in Konzentrationslager eingewiesen.[74] Insgesamt wurden durch die Kasseler Gestapo etwa 1.300 ausländische Gefangene des AEL Breitenau in verschiedene Konzentrationslager deportiert.

Neben den über 6.000 ausländischen Gefangenen wurden von der Gestapo Kassel in das AEL Breitenau während des Krieges auch etwa 1.800 deutsche Gefangene eingewiesen (und etwa 200 von der Gestapo Weimar). Sie waren vor allem aufgrund von ideologischen Verstößen verhaftet worden. So wurde z. B. 1943 der Kasseler Rechtsanwalt Wilhelm B. in Breitenau inhaftiert, weil er nach der Bombardierung der Edertalsperre im Mai 1943 den Versuch gemacht habe, *in aller Öffentlichkeit die deutsche Staatsführung der Unfähigkeit zu bezichtigen*. Das Haftschreiben ist vom Referat II A (Politische Gegner) ausgestellt und vom stellvertretenden Gestapochef Altekrüger unterzeichnet.[75]

Im Dezember 1940 wurde von der Kasseler Gestapo das Franziskanerkloster Frauenberg in Fulda aufgelöst und beschlagnahmt. Der Prior des Klosters Pater Thaddäus Brunke und dessen Stellvertreter wurden in Breitenau inhaftiert, und in dem Kloster wurde eine Schule des Sicherheitsdienstes eingerichtet.[76] Pater Thaddäus Brunke wurde im April 1941 von Breitenau in das Konzentrationslager Dachau deportiert, wo er nach 15 Monaten starb. Der Verfolgungsvorgang wurde von dem Referat II B 1 („Kirchenangelegenheiten") der Kasseler Gestapo bearbeitet und vom Kriminalkommissar und SS-Obersturmführer Georg W. gezeichnet, der vermutlich Vertreter von Altekrüger war und nach dessen Tod im Oktober 1943 die Leitung der gesamten Abteilung II übernahm.[77]

Unter den inhaftierten Deutschen befanden sich auch etwa 100 Frauen, die aufgrund von Liebesbeziehungen mit polnischen Zwangsarbeitern verhaftet worden waren. Diese Beziehungen wurden vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Rasseideologie massiv verfolgt. Zuständig war das Referat II E mit zunächst Kriminalrat Walter A. und dann Kriminalkommissar und SS-

---

73 Runderlaß des ChdSP und SD „Vereinfachung von Schutzhaftverfahren", Nr. IV C 2 Nr. 42 156 vom 5.4.43 (2 F VIII a) in Allgemeine Erlaßsammlung des ChdSP und SD, S. 209 f., vgl. jetzt Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde, Signatur RD 19/3.

74 Es geht aus zwei Schutzhaftbefehlen vom August 1943 hervor, die beide vom stellv. Gestapostellenleiter Altekrüger unterzeichnet sind; beide polnischen Gefangenen, eine Frau und ein Mann, wurden in Konzentrationslager deportiert; Gefangenenakten von Veronika M. und Josef Z., Archiv Gedenkstätte Breitenau, Archivbestand des LWV-Hessen, Bestand 2, Nr. 6309 und Nr. 7561.

75 Gefangenenakte von Wilhelm B., Archiv Gedenkstätte Breitenau, Archivbestand des LWV-Hessen, Bestand 2, Nr. 4897.

76 Siehe: Michael WERNER: Das Franziskanerkloster Frauenberg im „Dritten Reich", Fulda 1999.

77 Gefangenenakte von Thaddäus Brunke, Archiv Gedenkstätte Breitenau, Archivbestand des LWV-Hessen, Bestand 2, Nr. 7596.

Obersturmführer Erich W. als Leiter.[78] Die Frauen wurden in den meisten Fällen in das Konzentrationslager Ravensbrück deportiert, die polnischen Männer wurden in zahlreichen Fällen hingerichtet (siehe den Abschnitt „Ermordungen durch die Gestapo Kassel“).

Schließlich befanden sich unter den deutschen Gestapo-Gefangenen in Breitenau auch etwa 200 Juden und Jüdinnen. Sie waren vor allem verhaftet worden, weil sie sich nicht an NS-Verordnungen gehalten hatten, z. B. den Judenstern nicht getragen oder weiterhin Beziehungen zu christlichen Deutschen unterhalten hatten, die dann meist auch inhaftiert wurden.[79] Diese Verfolgungsmaßnahmen wurden maßgeblich von den Mitarbeitern des Teilreferats II B 4 bearbeitet. Auch die jüdischen Gefangenen wurden in den meisten Fällen von Breitenau in Konzentrationslager deportiert. Leiter des Teilreferats II B 4 war Kriminalkommissar und SS-Obersturmführer Erich Mamsch.[80]

Bei sämtlichen Deportationen war das Referat II D (Schutzhaft) mit Kriminalinspektor und SS-Untersturmführer Ernst Sch. als Leiter eingeschaltet.[81] Außerdem wurden auch hierbei wiederum andere Behörden als „Hilfsorgane“ benutzt. So waren in die Deportationsabläufe das Polizeipräsidium in Kassel, die Bediensteten des Arbeitserziehungslagers Breitenau, das Bürgermeisteramt Guxhagen, das Landratsamt in Melsungen als Kreispolizeibehörde, die Reichsbahn mit Gefangenenwagen und der Regierungspräsident für die „Transportabrechnung“ einbezogen.[82] Etwa 1.800 Gefangene wurden aus Breitenau in verschiedene Konzentrationslager deportiert, davon etwa 1.600 durch die Gestapo Kassel und etwa 200 durch die Gestapo Weimar.

Wenn man allerdings berücksichtigt, dass nicht nur von Breitenau, sondern auch von Kassel aus, Gestapo-Gefangene in verschiedene KZs deportiert wurden, muss man davon ausgehen, dass die Gesamtzahl der Deportierten erheblich höher lag. So ergibt sich aus einer Eingangsliste in das Konzentrationslager Buchenwald vom 18.11.1944, dass 15 Gefangene aus Breitenau und 14 direkt aus Kassel eingewiesen wurden.[83] So ist es durchaus möglich, dass die Anzahl der von der Gestapo Kassel in Konzentrationslager überführten Gefangenen in der Kriegszeit (unabhängig von der Deportation der Juden 1941/42) bei über 3.000 gelegen hat. Außerdem muss man davon ausgehen, dass viele dort umgekommen sind – die Todesrate lag in den verschiedenen Lagern bei 20 % und höher.

---

78 Ermittlungsverfahren gegen Erich W. u. a., Staatsanwaltschaft Kassel 3a Js 21/59, ebenda, Blatt 51 und Blatt 348; inzwischen an das StA MR abgegeben.

79 RICHTER, Breitenau (wie Anm. 70), S. 199 ff.

80 Ermittlungsverfahren wegen der Deportationen der Juden, ebenda.

81 Aussage von Ernst Sch. im Ermittlungsverfahren gegen Erich W. u. a., Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Js 21/59, ebenda, Blatt 55, inzwischen an das StA MR abgegeben.

82 Siehe auch: Dietfrid KRAUSE-VILMAR: Das zeitgenössische Wissen um die NS-Konzentrationslager, an einem Beispiel aus dem Regierungsbezirk Kassel, in: Ariadne GARLICHS u. a. (Hg.): Unterrichtet wird auch morgen noch, Königstein im Taunus 1982, S. 133-161.

83 Liste der „Neuzugänge vom 18.11.1944“ in das KZ Buchenwald, Archiv der Gedenkstätte Yad Vashem (mitgeteilt durch Bernd Vorlaeufer-Germer).

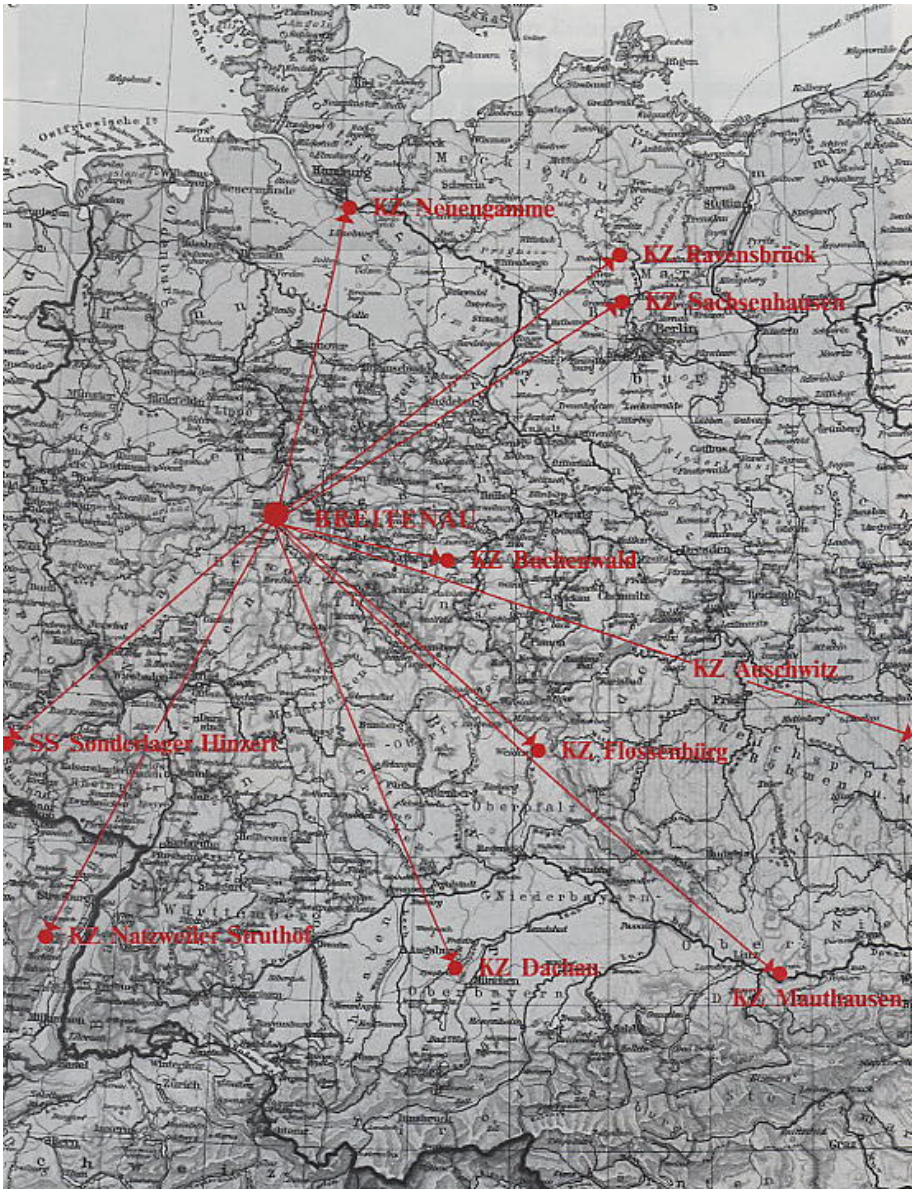


Abb. 4: Deportationen von Gefangenen der Geheimen Staatspolizei Kassel aus dem AEL Breitenau in verschiedene Konzentrationslager. Etwa 1.800 Gestapo-Gefangene aus dem gesamten Regierungsbezirk Kassel wurden von Breitenau in die angegebenen Lager deportiert, wobei die meisten in die Konzentrationslager Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen verbracht worden sind. (aus: RICHTER, Breitenau (wie Anm. 70), S. 197).

Die Deportation der Juden aus dem Regierungsbezirk Kassel 1941/42

In der Zeit zwischen Dezember 1941 und September 1942 wurde die verbliebene jüdische Bevölkerung aus dem Regierungsbezirk Kassel in drei großen Deportationszügen in Ghettos und Vernichtungslager deportiert.[84] Die gesamte Deportation wurde maßgeblich von der Gestapostelle Kassel geplant, organisiert und durchgeführt, allerdings wurde sie auch hierbei von einem flächendeckenden Netz von Polizeibehörden, Ämtern, Institutionen und Einrichtungen in sämtlichen Städten und Gemeinden des Regierungsbezirkes Kassel unterstützt. Eine besondere Rolle kam der Oberfinanzdirektion in Kassel zu, die in Zusammenarbeit mit der Gestapo für die Enteignung der Deportierten und die Verwertung ihres Vermögens zuständig war.

Leiter der Gestapostelle Kassel war während dieser Zeit Regierungsrat und SS-Sturmbannführer Dr. Karl Lüdcke. Sein Vorgänger, Regierungsrat und SS-Sturmbannführer Rudolph Korndörfer, hatte 1941 die Gestapostelle Kassel verlassen und führte Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD in Frankreich und Kroatien. Möglicherweise hatte er noch bei den Vorbereitungen der ersten Deportation im Dezember 1941 mitgewirkt. Stellvertreter von Lüdcke war Kriminalrat und SS-Sturmbannführer Otto Altekrüger.

Die Deportation der Juden aus dem Regierungsbezirk Kassel erfolgte in drei Deportationszügen. Am 9. Dezember 1941 ging von Kassel der erste Deportationszug mit etwa 1.000 Juden in das Ghetto Riga. Unter den Deportierten befanden sich 463 Juden aus Kassel. Der zweite Deportationszug ging am 1. Juni 1942 von Kassel mit etwa 500 Juden in das Konzentrationslager Majdanek und das Vernichtungslager Sobibor. Unter diesen Deportierten befanden sich 91 Juden aus Kassel. Der dritte Deportationszug ging schließlich am 7. September 1942 mit etwa 1.000 Juden in das Ghetto und Konzentrationslager Theresienstadt. Unter den überwiegend älteren Deportierten befanden sich 471 Juden aus Kassel.[85]

Über die Deportation der Juden im September 1942 in das Ghetto und Konzentrationslager Theresienstadt sind zwei Schreiben der Gestapostelle Kassel mit genauen Anweisungen des Deportationsablaufes erhalten. In ähnlicher Form wurden auch die beiden anderen Deportationen durchgeführt. Es handelt sich zunächst um ein ausführliches Schreiben der Gestapo Kassel vom 25. August 1942, in dem der gesamte „organisatorische Ablauf“ der Deportation erläutert wird und ein weiteres Schreiben vom 28. August 1942, das die Zugverbindungen aus den Orten des Regierungsbezirks zur Sammelstelle nach Kassel enthält. Beide Schreiben mit dem Titel „Evakuierung von Juden nach Theresienstadt“ sind vom Kasseler Gestapoleiter Dr. Lüdcke unterzeichnet.[86] Die gesamte kalte, bürokratische und menschenverachtende Planung kommt in diesen Schreiben

84 Siehe hierzu: PRINZ, Judenverfolgung (wie Anm. 64), S. 206-215.

85 PRINZ, Judenverfolgung (wie Anm. 64), S. 210 ff.

86 Die Schreiben sind im Stadtarchiv Fulda erhalten und abgedruckt in: Gerhard RENNER, Joachim SCHULZ, Rudolf ZIBUSCHKA (Hg.): „... werden in Kürze anderweit untergebracht ...“. Das Schicksal der Fuldaer Juden im Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Fulda 1990, S. 140-143.

zum Ausdruck. Bereits aus der langen Liste der Empfänger wird deutlich, welch großer Kreis von Behörden und Ämtern – und entsprechend viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen – in die Deportationen einbezogen waren. So sind die Schreiben gerichtet an die „Herren Landräte“ in Eschwege, Frankenberg/Eder, Fritzlar-Homberg, Fulda, Gelnhausen, Hanau, Hersfeld, Hünfeld, Marburg/Lahn, Melsungen, Rotenburg a. d. Fulda, Schlüchtern, Schmalkalden, Witzenhausen und Ziegenhain, außerdem an die Staatspolizei-Außendienststelle in Fulda, den Polizeidirektor in Hanau und den Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde in Marburg/Lahn. Zur Kenntnis wurden die Schreiben außerdem an den Oberpräsidenten in Kassel, den Regierungspräsidenten und die SD-Hauptaußenstelle in Kassel gesandt.

Das Schreiben vom 25.8.1942 mit den Anweisungen über den Beginn der Deportation von ihrem Heimatort zum Sammellager nach Kassel wurde im Referat II B 4 („Judenangelegenheiten“) abgefasst, das von Kriminalkommissar und SS-Obersturmführer Mamsch (geboren 1901 in Berlin) geleitet wurde. Zu Beginn heißt es:

Am 7. 9. 1942 werden die restlichen Juden aus dem Regierungsbezirk Kassel nach Theresienstadt abgeschoben. Die Vorbereitung und Durchführung dieser Abschiebung im Benehmen mit den beteiligten Stellen liegen ausschließlich wieder in den Händen der Staatspolizeistelle Kassel. Eine namentliche Liste der nach den gegebenen Richtlinien in Frage kommenden Juden, getrennt für jeden Kreis, ist als Anlage beigefügt. Sämtliche Juden werden vor ihrem Abtransport nach Theresienstadt in einem Auffanglager in Kassel konzentriert. Vorgesehen für diesen Zweck sind die Bürgerschulen Schillerstraße/Ecke Wörthstrasse in Kassel. Den Zeitpunkt der Abfahrt der Juden von ihren Abgangsbahnhöfen und ihrer Ankunft in Kassel werde ich noch bekannt geben.

In dem Schreiben sind zahlreiche bürokratische Anweisungen enthalten. So heißt es u. a., dass bei Abmeldung der Juden in den Meldeämtern nicht der Zielort oder ein Vermerk *Evakuiert nach Theresienstadt*, sondern lediglich *Unbekannt verzogen* bzw. *Ausgewandert* anzuführen ist, dass das in der Wohnung der evakuierten Juden zurückbleibende Vermögen beschlagnahmt werde, und um darüber eine Übersicht zu gewinnen, ihnen eine Vermögenserklärung zur Ausfüllung ausgehändigt wird, die sie über ihren jüdischen Obmann bei der Staatspolizeistelle abzugeben haben, dass das zurückbleibende Inventar und die Schlüssel zu den verlassenen Wohnungen von den Juden mit einem Namensschild zu versehen und den jeweils zuständigen Kreispolizeibehörden zu übergeben seien, die sie an die zuständigen Finanzämter weiterleiten. In Bezug auf Gepäck heißt es, dass die Juden einen Koffer oder einen Rucksack mit Ausrüstungsgegenständen mit sich führen dürfen und zwar mit vollständiger Bekleidung (ordentliches Schuhwerk), Bettzeug mit Decke, Essgeschirr (Teller oder Topf) mit Löffel und Mundvorrat für drei Tage, sämtliches Bargeld auf den Transport mitzunehmen haben und ihnen 50,- RM zur Verfügung gestellt werden und zwar von einem Gesamtbetrag, der schon vorher von den Juden aufgebracht und bei der jüdischen Gemeinde eingesammelt wird, und ihnen die restlichen Barmittel im Auffanglager abgenommen werden, mitgeführte Wertsachen, wie Gold, Silber, Platin etc. bis zum Eintreffen im Auffanglager behalten können, da dort ohnehin die körperliche sowie die Gepäckdurchsuchung vorge-

nommen wird und ihnen auch erst dort die Lebensmittelkarten abgenommen werden.

Abb. 5: Die Deportation der Juden aus Hanau und Umgebung am 30. Mai 1942. Das Photo wurde auf dem Hanauer Hauptbahnhof aufgenommen und zeigt die Juden und Jüdinnen beim Einladen ihres Gepäcks und beim Einsteigen in den Zug. Organisiert wurde die Deportation von der Geheimen Staatspolizeistelle Kassel unter Einbeziehung der Orts- und Kreispolizeibehörden und weiterer lokaler und regionaler Behörden. So sind auf dem Bild auch zwei Gendarmen zu erkennen, die gemeinsam mit anderen Polizisten den Ablauf überwachten. Von Hanau wurden die Juden und Jüdinnen nach Kassel gefahren und von dort am 1. Juni 1942 in einem großen Deportationszug mit Juden aus dem ganzen Regierungsbezirk zur Ermordung in die Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek und Sobibor verbracht. (Quelle: Bildstelle Hanau, Signatur: 98 A6).

Über die Bewachung und die Beförderung nach Kassel heißt es, dass die „Konzentrierung“ der Juden vor der Abfahrt nach Kassel Sache der Kreispolizeibehörden und für Fulda-Stadt Sache der Staatspolizei-Außendienststelle in Fulda sei, den einzelnen „Judentransporten“ je nach Notwendigkeit ein oder mehrere Gendarmeriebeamte als Begleitkommando nach Kassel mitzugeben sei, es außerdem zweckmäßig wäre, eine jüdische Transportbegleitung mit einer entsprechenden Anzahl jüdischer Ordner einzusetzen, in Kassel die Juden auf den Bahnsteigen von Beamten der Geheimen Staatspolizei und der Schutzpolizei in Empfang genommen und dann von den Beamten zum Auffanglager hingeführt werden.[87]

Drei Tage später, am 28. August 1942, verschickte die Gestapostelle Kassel das angekündigte Schreiben mit den Zugverbindungen nach Kassel zum Auffanglager an sämtliche oben genannten Dienststellen. Am 5. und 6. September 1942 wurden die Juden und Jüdinnen von 47 Bahnhöfen des Regierungsbezirks

87 Siehe in RENNER u. a., werden in Kürze, (wie Anm. 86), S. 140 ff.

nach Kassel verbracht und am 7. September nach Theresienstadt deportiert. Von den deportierten Juden und Jüdinnen der drei Deportationen hat fast keiner überlebt. So fanden allein von den Kasseler Juden etwa 1.000 den Tod.[88]

Ermordungen durch die Gestapo Kassel

Die Gestapostelle Kassel war nicht nur auf bürokratischem Wege über die Organisation und Durchführung der Deportation von Tausenden von Menschen in die Konzentrations- und Vernichtungslager an Morden beteiligt, sondern auch direkt durch mehrere Mordfälle an Gefangenen in der nord- und osthessischen Region. Es sind mindestens 16 Gefangene nachweisbar, die von der Gestapo ermordet wurden. Es handelte sich durchweg um polnische Gefangene, die vor ihrer Ermordung alle im AEL Breitenau inhaftiert waren. Etwa die Hälfte von ihnen war inhaftiert worden, weil sie Liebesbeziehungen mit deutschen Frauen hatten. Diese Beziehungen wurden aus rassistischen Gründen mit den sogenannten „Polenerlassen“ vom März 1940 bei den polnischen Männern mit dem Tode bestraft, und die deutschen Frauen wurden meist in das Konzentrationslager Ravensbrück deportiert. Die Exekution der Männer wurde von der Gestapo offiziell mit dem Begriff „Sonderbehandlung“ umschrieben. Die Exekution konnte auch in „besonders schweren Fällen von Widersetzlichkeit“ angeordnet werden. So waren einige der anderen polnischen Gefangenen verhaftet worden, weil sie gewaltsamen Widerstand gegen ihre Vorgesetzten oder auch gegen Werkschutzangehörige ausgeübt hatten. Bevor jedoch grundsätzlich eine Exekution bestimmt wurde, hatte eine „rassische Überprüfung“ beim Rasse- und Siedlungshauptamt stattzufinden, ob der betreffende polnische Gefangene „eindeutschungsfähig“ sei. Bei einem „positiven Ergebnis“ wurde der Gefangene meist befristet in ein Konzentrationslager eingewiesen, konnte aber auch freigelassen werden.[89] Die Morde an den 16 Gefangenen wurden in der Zeit vom Juni 1941 bis zum Dezember 1942 verübt, wobei zwei im Juni 1941 und alle anderen im Jahre 1942 begangen wurden. Die Anträge auf Hinrichtung wurden vom Referat II E bei der Gestapostelle Kassel bearbeitet und dann von dem Gestapostellenleiter an das RSHA gestellt. Leiter der Gestapostelle war im Juni 41 möglicherweise noch Rudolph Korndörfer, dann Dr. Karl Lüdcke. Referatsleiter von II E war von 1939 bis Dezember 1941 Kriminalrat Walter A. und ab Januar 1942 Kriminalkommissar und SS-Obersturmführer Erich W. Sofern eine „Eindeutschung“ der zur Hinrichtung Vorgeschlagenen abgelehnt wurde, wurden die Gefangenen von Beamten der Gestapo Kassel zum Hinrichtungsort gebracht und exekutiert.[90]

---

88 Siehe hierzu: Namen und Schicksale der Juden Kassels 1933-1945. Ein Gedenkbuch, bearbeitet von Beate KLEINERT und Wolfgang PRINZ, Kassel 1986.

89 Matthias HAMANN: Erwünscht und unerwünscht. Die rassenpsychologische Selektion der Ausländer, in: Götz ALY u.a. (Hg.): Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 3, Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939-1945, Berlin 1986, S. 143-180.

90 Zur Einbeziehung des Höheren SS- und Polizeiführers Josias Erbprinz zu Waldeck und Pyrmont und dessen Dienststelle in diese Entscheidungsvorgänge siehe auch: Anke SCHMELING: Josias Erbprinz zu Waldeck und Pyrmont. Der politische Weg eines hohen SS-Führers, Kassel 1993, S. 87-93.

Die erste Ermordung fand am 17.6.1941 im Eichwald in Kassel-Bettenhausen statt, bei der Heinrich Szperna und Stanislaw Wisniewski erhängt wurden, weil sie gemeinsam mit vier anderen Zwangsarbeitern bei der Firma Spinnfaser tätlichen Widerstand gegen den Werkschutz ausgeübt hatten. Die anderen vier Gestapo-Gefangenen wurden von Breitenau in das Konzentrationslager Mauthausen bei Linz deportiert. Im Januar, März, Mai und Juli 1942 wurden Josef Jurkiewicz, Albert Polednik, Johann Nowak und Stefan Luba im Schwalm-Eder-Kreis und in der Nähe von Bad Hersfeld erhängt, weil sie Liebesbeziehungen zu deutschen Frauen gehabt hatten. Im Oktober 1942 wurde Bronislaw Pecka in der Nähe von Marburg erhängt, weil er den Bauern, bei dem er arbeiten musste, angeblich mit einem Messer bedroht hatte. Einen Monat später wurden am Rande von Großenritte Anton Bafja und Jan Dytrich erhängt, weil Bafja einen Bauern mit einer Mistgabel bedroht und Dytrich eine Beziehung zu einer deutschen Frau gehabt haben soll. Am 19. Dezember 1942 wurden in der Nähe von Herzhausen bei Vöhl sechs polnische Männer gemeinsam an einem transportierbaren Galgen als „Sühnemaßnahme“ erhängt, weil vier Wochen zuvor ein anderer polnischer Zwangsarbeiter einen Polizisten erstochen hatte und seitdem flüchtig war.[91]

Die Gefangenen wurden alle am Rande der Ortschaften öffentlich erhängt, in denen sie vorher gearbeitet hatten (mit Ausnahme der sechs polnischen Ermordeten bei Herzhausen), und die polnischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen aus der Region mussten anschließend zur „Abschreckung“, wie es hieß, an den Erhängten vorbeigehen. Außerdem wurden jeweils polnische Zwangsarbeiter bzw. Gefangene gezwungen, die Erhängung der eigenen Landsleute durchzuführen. Im Anschluss daran bekamen sie eine „Belohnung“ in Form von Zigaretten oder Bekleidungsstücken der Toten. In einem späteren Geheimerlass Himmlers wurde diese Form der Exekution schriftlich festgelegt.[92]

Die Gestapostelle Kassel nach dem Bombenangriff vom 22. Oktober 1943

Während des großen Bombenangriffs auf Kassel am 22. Oktober 1943 wurde praktisch die gesamte Altstadt Kassels zerstört, und über 6.000 Menschen fanden den Tod. Auch das Gestapo-Gebäude in der Wilhelmshöher Allee 32 wurde zerstört, wobei der stellvertretende Gestapostellenleiter Otto Altekrüger ums Leben kam. Der Kasseler Gestapo-Chef Dr. Karl Lüdcke verließ im Sommer 1943 Kassel und wurde zum Kommandeur der Sicherheitspolizei in Charlons-

91 Zu den Mordfällen siehe: KRAUSE-VILMAR und Jörg KAMMLER, Volksgemeinschaft I (wie Anm. 17), S. 292-295; Eva-Maria KRENKEL u. a.: Lebensskizzen kriegsgefangener und zwangsverpflichteter Ausländer im Raum Fritzlar-Ziegenhain 1940-1943, Kassel 1985, S. 18-44; Friedhelm RÖDER: Ihre Liebe wurde mit dem Tod bestraft, in: Rundbrief des Fördervereins der Gedenkstätte Breitenau, Nr. 17, Kassel 1998, S. 46-55; RICHTER, Breitenau (wie Anm. 70), S. 175 f. und S. 178-184; Gunnar RICHTER: Recherchen zur Ermordung von sechs polnischen Gefangenen aus Breitenau in Herzhausen bei Vöhl, in: Rundbrief des Fördervereins der Gedenkstätte Breitenau Nr. 16, Kassel 1997, S. 47-57.

92 Geheimerlaß des RfSS und ChdDP vom 6.1.1943, in: Beweisdokumente des Nürnberger Prozesses, Fotomechanischer Nachdruck, Delphin Verlag, München 1989, Dokumenten-Nr.: 1751-PS.

sur-Marne ernannt. Sein Nachfolger wurde Oberregierungsrat und SS-Obersturmbannführer Dr. Max Nedweg, der die Staatspolizeistelle bis Herbst 1944 leitete.

Als neue Dienststelle wurden in der späteren Goetheanlage Baracken errichtet und die Abteilung I („Haushaltsabteilung") in ein Gebäude in der Kölnischen Straße verlegt. Nach und nach wurden allerdings die meisten Abteilungen und Referate nach Breitenau ausgelagert. Leiter dieser Außenstelle in Breitenau wurde (spätestens ab Oktober 1944) der SS-Hauptsturmführer und Kriminalkommissar Erich Engels. Engels war gleichzeitig stellvertretender Gestapostellenleiter und Leiter der Exekutivabteilung. Sein Vorgesetzter und Leiter der Kassel Gestapo war ab dem Oktober 1944 Regierungsrat und SS-Sturmbannführer Franz Marmon. Obwohl Kassel zu großen Teilen zerstört war, die Amerikaner immer näher heranrückten und das Kriegsende abzusehen war, arbeitete die Gestapo weiter auf „Hochtouren". So wurden noch im Laufe des März 1945 in Breitenau 729 Gefangene eingewiesen. Am Gründonnerstag, dem 29. März 1945, wurde das AEL Breitenau schließlich aufgelöst und etwa 700 Gefangenen evakuiert. Zweihundert Gefangene wurden mit einem Zug in das Konzentrationslager Buchenwald verbracht und die meisten anderen unter Bewachung von Schutzpolizei in größeren Gruppen Richtung Nordosten geführt. Dort verlieren sich ihre Spuren.[93]

Die Massenmorde am Kriegsende

Unmittelbar vor dem Einmarsch der Amerikaner wurden von der Gestapo noch drei Massenmorde in Breitenau, Kassel-Wehlheiden und Kassel-Wilhelmshöhe verübt und dabei 119 Menschen erschossen. Der Gestapostellenleiter Franz Marmon war in der Karwoche, nachdem Kassel zur „Festung" erklärt worden war, zum Kommandeur der Sicherheitspolizei ernannt worden. Damit unterstanden ihm nicht nur die Angehörigen der Geheimen Staatspolizei, sondern auch sämtliche Beamten und Angestellten der Kriminalpolizei. Die Kommandeure der Sicherheitspolizei waren per Erlass befugt, in besonderen Fällen (z. B. bei „Plünderungen" oder zur „Gefahrenabwehr") Erschießungen anzuordnen – eine Beantragung beim RSHA war nicht mehr erforderlich, aufgrund der Kriegslage wohl auch gar nicht mehr möglich. Gleichzeitig wurde angeordnet, dass politische Gefangene der Gestapo nicht in Freiheit gelassen werden sollten, da sie sonst eventuell Widerstandshandlungen begehen und somit den Deutschen in den Rücken fallen könnten. Außerdem sollten sie auch nicht in die Hände der Alliierten fallen, da sie diesen eventuell wichtige Informationen übermitteln könnten. Die Folge war, dass in den letzten Kriegswochen und -tagen überall in Deutschland bei der Auflösung von Lagern und Gestapo-Haftstätten unzählige Massenmorde an Gefangenen verübt worden sind. Dass die Angehörigen der Sicherheitspolizei, die von SS-Mitgliedern durchsetzt war, den „Zusammenbruch" ihres Systems wahrnahmen und gleichzeitig – entsprechend ihrer SS-Mentalität – bis zum Schluss „weiterkämpfen" wollten, hat sicherlich noch zur Ausweitung der Mordexzesse beigetragen. Die Massenmorde wurden in einer unbeschreiblichen Brutalität vorgenommen und erinnern in der ganzen Art ihrer

93 Siehe hierzu in: RICHTER, Breitenau (wie Anm. 70), S. 202-206.

Durchführung an die Massenmorde der Einsatzgruppen und Sonderkommandos in Polen, Russland und anderen osteuropäischen Ländern. Zahlreiche Gestapo-Angehörige hatten zuvor auch an diesen Mordaktionen mitgewirkt.[94]

Der erste Massenmord im Raum Kassel wurde von der Gestapo in Breitenau begangen. In der Nacht auf Karfreitag, den 30. März 1945, im Zuge der Auflösung des Lagers, wurden von Gestapoangehörigen und SS-Männern am Fuldaberg 28 Gefangene erschossen, unter denen sich 16 russische, 10 französische und 2 niederländische befanden. Der Erschießungsbefehl wurde von Marmon an Erich Engels übermittelt, der daraufhin ein Erschießungskommando zusammenstellte, das von seinem Stellvertreter, dem Kriminalsekretär und SS-Sturmscharführer Peter Frischkorn angeführt wurde. Die französischen Gefangenen sollen einer Widerstandsgruppe angehört haben, unter den russischen befanden sich 9 Kriegsgefangene, die vermutlich aus einem Kriegsgefangenenlager geflohen waren, und 7 zivile Zwangsarbeiter, die sich im Waldgebiet der Söhre versteckt und sich zum Überleben möglicherweise mit Gewalt Lebensmittel verschafft hatten. Über die Niederländer ist nichts bekannt. Die Gefangenen wurden an einem Massengrab erschossen, und andere Gefangene mussten sie anschließend zuschaufeln. Da einer der Gefangenen nur angeschossen war und laut schrie, wurden die anderen gezwungen, ihn mit einem Stein zu erschlagen.[95]

Am Nachmittag des Karfreitag wurde auf Befehl von Franz Marmon in Kassel-Wehlheiden ein weiterer Massenmord an 12 Gestapo-Gefangenen begangen. Sie waren vorher im Zuchthaus Wehlheiden in einer Abteilung mit etwa 60 weiteren Gestapo-Gefangenen (der Abteilung 4 B) untergebracht, die nun aufgelöst wurde. Unter den 12 Gefangenen befanden sich fünf Polen, zwei Ukrainer, ein Russe, ein Franzose, ein Italiener und zwei Deutsche. Das Erschießungskommando bestand aus dem Kriminalobersekretär Kurt Knigge und drei anderen Kriminalbeamten. Nähere Angaben zu den Ermordeten sind kaum bekannt, allerdings befand sich unter ihnen Wolfgang Schönfeld aus Kassel, der als sogenannter „Halbjude“ in Auschwitz inhaftiert und von dort im Sommer 1944 geflohen war – und darin bestand sein „todeswürdiges Vergehen“.[96]

Am Ostersamstag, dem 31. März 1945, als die amerikanischen Streitkräfte bereits im Süden von Kassel waren, wurden am Bahnhof Wilhelmshöhe auf Befehl des Gestapostellenleiters Marmon noch 78 italienische und ein russischer Zwangsarbeiter erschossen. Ihr Vergehen bestand darin, dass sie sich aus einem Lebensmittelzug der Wehrmacht, der von deutschen Zivilisten aufgebrochen und geplündert worden war, einzelne Lebensmittel (Butterstücke und dergleichen) herausgenommen hatten. Sie waren vorher in einem Bauzug auf einem Nebengleis des Bahnhofs untergebracht gewesen. Das Erschießungskommando bestand aus etwa 8 bis 10 Polizeiangehörigen, unter denen sich sechs Angehörige der Kriminalpolizei und ein ehemaliger SD- und RSHA-Angestellter, der zuvor als Pfarrer tätig war, befanden. Leiter des Erschießungskommandos war der Kriminalsekretär W. Die Italiener wurden in Gruppen von 6 bis 8 Mann am

94 Siehe hierzu insbesondere: LOTFI, KZ der Gestapo (wie Anm. 43), S. 267-310.
95 RICHTER, Breitenau (wie Anm. 70), S. 206-212.
96 Michael JÄGER: Gestapomord in Kassel-Wehlheiden Karfreitag 1945, Kassel 1987.

Rande von mehreren Bombentrichtern von hinten erschossen. Die überlebenden Italiener, bei denen keine Lebensmittel gefunden worden waren, mussten dann die Bombentrichter mit ihren erschossenen Kameraden zuschaufeln.[97]

Neben diesen drei Massenmorden wurden in den darauffolgenden Tagen bis zum Einmarsch der Amerikaner am 4. April 1945 von Polizeiangehörigen noch mehrere Erschießungen angeblicher „Plünderer“ vorgenommen.[98]

Zwei Tage später, am Ostermontag, dem 2. April, verließ der Gestapostellenleiter Franz Marmon mit einigen Angehörigen der Gestapo und der Kripo Kassel Richtung Harz. Nachdem die letzten deutschen Verbände im Harz eingeschlossen waren, ließ er sich von den alliierten Truppen „überrollen“, besorgte sich Zivilkleidung und wanderte nach Süden. In Hitzelrode, Kreis Eschwege, meldete er sich als Peter Vriemer an.[99] Möglicherweise hatten sich in den Harz auch Angehörige anderer Gestapostellen zurückgezogen. So sei der ehemalige Kasseler Gestapostellenleiter Dr. Karl Lüdcke, späterer Kommandeur der Sicherheitspolizei in Charlons-sur-Marne, am 7. April in Wernigerode im Harz bei Gefechten umgekommen. Einige andere Kasseler Gestapo-Angehörige flohen kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner nach Salzburg.[100]

Am 4. April 1945 kapitulierte die „Festung“ Kassel unter Generalmajor Johannes von Erxleben, und die Amerikaner marschierten in die Stadt ein. Für viele Deutsche war es möglicherweise eine Niederlage, für die über 25.000 ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die zu diesem Zeitpunkt in Kassel untergebracht waren, die lang ersehnte Befreiung.

Ermittlungen und Verfahren gegen Kasseler Gestapo-Angehörige in der Nachkriegszeit

In der Nachkriegszeit fanden mehrere Ermittlungen und Gerichtsverfahren gegen ehemalige Angehörige der Gestapostelle Kassel wegen der begangenen Verbrechen statt. Bereits im April und Mai begannen die amerikanischen Militärbehörden mit Ermittlungen über die drei Massenmorde in Kassel-Wilhelmshöhe, Wehlheiden und Breitenau. Sie ließen die Toten exhumieren, führten Verhöre durch, machten Photoaufnahmen und erstellten einen Abschlussbericht, in dem sie u. a. die identifizierten Ermordeten aufführten und die mutmaßlichen Täter zur Fahndung und Verhaftung ausschrieben. Über die Ermittlungen wurden diejenigen Nationen informiert, aus denen die identifizierten Ermordeten stammten, und die Mordfälle wurden in eine umfangreiche Liste ähnlicher Ermittlungen aufgenommen, die von War Crimes Branch der USA an

97 KRAUSE-VILMAR, Ausländische Zwangsarbeiter (wie Anm. 64), S. 407-414.

98 Fritz BAUER u. a. (Red.): Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966, Bd. 1 - 22, Amsterdam 1969, Lfd. Nr. 229, 293, 055, 132, 195, 317, 198.

99 Urteil gegen Franz Marmon, Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Ks 3/51. Die Akten wurden inzwischen dem StA MR übergeben.

100 Siehe in: Ermittlungsverfahren gegen die Angehörigen der Gestapo Kassel wegen der Deportation der jüdischen Bevölkerung aus dem Regierungsbezirk Kassel, Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Js 44/50, Schreiben vom Februar 1953 zur Einstellung des Verfahrens sowie Ermittlungsverfahren gegen Erich W. u. a., Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Js 21/59, Blatt 290. Inzwischen an das StA MR abgegeben.

insgesamt zwölf Nationen verschickt werden sollte. Die Berichte sollten außerdem als Beweisgrundlage bei einem späteren Kriegsverbrecherprozess gegen die Täter dienen. Da sich allerdings zahlreiche Mitglieder der Kasseler Gestapo auf der Flucht befanden bzw. untergetaucht waren, allen voran Franz Marmon, lagen die Verfahren gegen die Hauptverantwortlichen zunächst einmal „auf Eis". Schließlich wurden die Akten mit dem Stempel „geheim" versehen und im amerikanischen Nationalarchiv gelagert.[101]

Aus Angst vor Verurteilung nahmen sich der ehemalige Kasseler Regierungspräsident von Monbart und mindestens einer der Gestapo-Angehörigen, Kriminalobersekretär Christian Hellwig, nach Kriegsende das Leben.[102]

Einige Angehörige der Kasseler Gestapo und auch Kriminalpolizei wurden nach dem Krieg an Polen ausgeliefert, wo nach ihnen wegen in Polen begangener Verbrechen gefahndet wurde. Es handelte sich um den letzten stellvertretenden Gestapostellenleiter Erich Engels, den Kriminalsekretär Peter Frischkorn, der das Erschießungskommando in Breitenau geleitet hatte, den Kriminalobersekretär Kurt Knigge, der das Erschießungskommando in Wehlheiden geleitet hatte, den Kriminalsekretär Hans Lütje, Mitglied des Erschießungskommandos in Wehlheiden, den Kriminalkommissar Reinhold Aust, ehemaliger Leiter der Abteilung III „Abwehr, Spionage und Landesverrat" bei der Kasseler Gestapo, und den Kriminalkommissar Erich Mamsch, Leiter des Referats II B, das einschließlich des Teilreferats II B 4 maßgeblich die Judendeportationen durchgeführt hatte. Engels, Frischkorn, Knigge und Lütje wurden 1950 in Warschau zum Tode verurteilt, Aust zu 8 Jahren und Mamsch zu 10 Jahren Zuchthaus. Die Todesurteile gegen Knigge und Lütje wurden, auf ein Gnadengesuch von Martin Niemöller hin, in Haftstrafen umgewandelt und beide 1959 aus der Haft entlassen. Ob die Todesurteile gegen Engels und Frischkorn auch in Haftstrafen umgewandelt wurden, ist nicht geklärt. Es ist auch nicht geklärt, ob Mamsch und Aust ihre Strafen voll verbüßen mussten.[103]

In den Jahren 1947 bis 1950 wurden von den Kasseler Justizbehörden ein Ermittlungsverfahren und zwei Strafverfahren gegen die Mitglieder der drei Erschießungskommandos eingeleitet. Das Ermittlungsverfahren wurde 1948 *mangels Schuldfeststellung* eingestellt, und die beiden Strafverfahren endeten 1949/50 für die Mitglieder der Erschießungskommandos in Wehlheiden und Wilhelmshöhe mit „Freispruch". Begründet wurde er damit, dass sie auf Befehl gehandelt hatten und der eigentlich Verantwortliche Franz Marmon sei. Von den ehemaligen Gestapo-Angehörigen wurde er außerdem als ein äußerst

101 Ermittlungsakten der amerikanischen Militärbehörden über die Massenmorde in Breitenau, Kassel-Wehlheiden und Kassel-Wilhelmshöhe im Washington National Record Center (WNCR) in Suitland, Washington DC., National Record Administration (NARA), Signatur: Record Group 338.T2, Nr. 000-12-300 (Box Nr. 480), Nr. 000-12-192 und Nr. 000-12-465 (Box Nr. 491), NND 775032.

102 KLEIN, Lageberichte I (wie Anm. 2), S. 19 und Hessische Nachrichten Nr. 24, Kassel 29.1.1949 „Gruppe 1 für Gestapomann".

103 JÄGER, Wehlheiden (wie Anm. 96), S. 84 f.

brutaler Mensch geschildert, der sie im Falle einer Befehlsverweigerung ebenfalls hätte erschießen lassen.[104]

Abb. 6: Ein deutscher Arzt untersucht im Auftrag der amerikanischen Militärregierung die exhumierten Opfer des Massenmordes, die von Gestapo- und SS-Angehörigen kurz vor Kriegsende in Breitenau erschossen worden waren. Die Ermordeten sind auf dem Innenhof neben der Kirche aufgebahrt. Drei Tage später wurden sie auf dem ehemaligen Anstaltsfriedhof beerdigt. (Photo vom April 1945, National Archives Washington, D.C., WNCR Suitland, RG 338.T2/000-12300/NND 775032/Record Group 338/Box Nr. 480.).

104 Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder des Erschießungskommandos in Breitenau, Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Js 387/47; Urteile gegen die Mitglieder der Erschießungskommandos in Wehlheiden und Wilhelmshöhe, 3a Ks 2/50 und 3a Ks 19/49, Ss 24/50, veröffentlicht in: Fritz BAUER u.a. (Red.), Justiz und NS-Verbrechen (wie Anm. 98), Lfd. Nr. 176 und 202.

Im Juli 1950 wurde Franz Marmon schließlich in Baden-Württemberg verhaftet und in der Strafanstalt Kassel-Wehlheiden in Untersuchungshaft genommen. In der Gerichtsverhandlung, die eineinhalb Jahre später stattfand, sagten plötzlich alle ehemaligen Gestapo-Angehörigen für ihn aus. Er sei ein „kameradschaftlicher und konzilianter“ Chef gewesen und habe alles nur veranlasst, um die Kasseler Zivilbevölkerung vor Übergriffen zu schützen. Im Februar 1952 wurde er schließlich vom Schwurgericht in Kassel *wegen Totschlags begangen in Rechtsfahrlässigkeit* zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren verurteilt. Die Verurteilung bezog sich nur auf den Massenmord am Bahnhof Wilhelmshöhe, da eindeutig feststand, dass Marmon die Erschießung angeordnet hatte. Für die Erschießungen in Breitenau und Wehlheiden wurde er freigesprochen, da er sich auf einen Befehl des RSHA berief. Dieser existierte zwar nicht mehr, aber es konnte Marmon auch nicht das Gegenteil bewiesen werden. Die Untersuchungshaft wurde ihm angerechnet und der Rest der Strafe auf dem Gnadenwege erlassen. Franz Marmon verließ als freier Mann den Gerichtssaal.[105]

1950 wurde vom Oberstaatsanwalt in Kassel ein Ermittlungsverfahren gegen die ehemaligen Kasseler Gestapo-Angehörigen wegen der drei Deportationen der Juden aus dem Regierungsbezirk in den Jahren 1941/42 eingeleitet. Es trug den Titel „Freiheitsberaubung im Amt“ und die Ermittlung bezog sich auf über 50 Personen. 1953 wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt. Begründet wurde die Einstellung damit, dass die leitenden Beamten der Staatspolizeistelle Kassel, die für die „Judenevakuierung“ verantwortlich waren, entweder nicht mehr lebten (Dr. Lüdcke und Altekrüger) oder, was den ehemaligen Gestapo-Leiter Korndörfer anbelangte, nicht ermittelt werden konnten. So blieben, wie die Staatsanwaltschaft meinte, nur untergeordnete Beamte übrig, zu denen sie u. a. auch Kriminalkommissar Georg W. (ehemaliger SS-Obersturmführer und Leiter der gesamten Abteilung II) sowie Kriminalinspektor Ernst Sch. (ehemaliger SS-Untersturmführer und langjähriger Leiter des „Schutzhaftreferats“ II D) zählten. Der Nachweis, dass die untergeordneten Gestapobeamten Kenntnis von dem Schicksal der evakuierten jüdischen Bevölkerung hatten, sei nach dem Ergebnis der Ermittlungen nicht zu führen. Sämtliche bisher vernommenen Beamten der Gestapo hätten übereinstimmend versichert, dass sie zum Zeitpunkt der „Judenverschickung“ angenommen hätten, die Juden sollten in den Ostgebieten in bestimmten Bezirken oder Ghettos zusammengefasst werden, dass sie aber keinesfalls mit ihrer Ermordung gerechnet hätten. Für die Glaubwürdigkeit dieser Darstellung spreche, dass den Transporten Öfen, Handwerkszeug aller Art, Mundverpflegung für 4 Tage und Sammelverpflegung für 21 Tage mitgegeben wurde. Aus diesem Grund stelle sich ihre Tätigkeit – objektiv – als Beihilfe zur schweren Freiheitsberaubung im Amt in einer unbestimmten Anzahl von Fällen dar. Subjektiv sei es nun aber so, dass die ehemaligen Gestapo-Angehörigen der Meinung waren, es handele sich n i c h t um eine rechtswidrige Freiheitsberaubung. Da *das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit der angeordneten Maßnahme bei*

105 Urteil gegen Franz Marmon, Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Ks 3/51, veröffentlicht in BAUER u.a. (Red.), Justiz und NS-Verbrechen (wie Anm. 98), Bd. 9, lfd. Nr. 308.

den unteren Dienstgraden aber nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden (kann), stimmte der Generalstaatsanwalt der Einstellung des Verfahrens zu.[106]

Im Jahre 1959 wurde ein Ermittlungsverfahren gegen die ehemaligen Leiter des Referats II E, Kriminalkommissar Erich W. und Kriminalrat a. D. Walter A. sowie einen ehemaligen Dolmetscher der Gestapo Kassel wegen der Ermordung von Stefan Luba und Josef Jurkiewicz eingeleitet. Stefan Luba und Josef Jurkiewicz waren 1942 in der Nähe von Hersfeld erhängt worden, weil sie Beziehungen mit deutschen Frauen hatten. Das Verfahren gegen Walter A. und den Dolmetscher wurde schließlich eingestellt, da A. kurz vor den beiden Ermordungen versetzt worden war und dem Dolmetscher nicht nachgewiesen werden konnte, dass er tatsächlich bei beiden Exekutionen anwesend war. Bei Erich W. jedoch sah es das Gericht als erwiesen an, dass er Beihilfe zur Ermordung geleistet habe, da er in beiden Fällen Referatsleiter von II E war, mindestens bei Stefan Luba den Vorschlag auf „Sonderbehandlung" dem RSHA unterbreitet und beide Todesmeldungen unterzeichnet habe. Die anderen 12 Exekutionen im Jahre 1942, für die Erich W. in seiner Funktion als Referatsleiter ebenfalls mitverantwortlich war, wurden nicht zum Gegenstand der Ermittlung gemacht. Ähnlich wie bei dem Ermittlungsverfahren wegen der Deportation der Juden berief sich W. darauf, dass er von der Rechtmäßigkeit der Exekutionen überzeugt gewesen sei, *weil seine Vorgesetzten größtenteils Juristen gewesen seien, deren Anordnungen er deshalb hinsichtlich ihrer Rechtmäßigkeit keinen Augenblick mißtraut habe.* Außerdem *habe* (er) *die Entscheidung des Reichsführers SS über die Hinrichtung der Polen als Urteil angesehen, die er in seiner Eigenschaft als Kriminalbeamter bei der Gestapo und der damit automatisch verbundenen Zugehörigkeit zur SS auszuführen hatte.* Am 20. März 1962 wird auch gegen Erich W. von der Kasseler Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt.[107]

Zum Werdegang der ehemaligen Kasseler Gestapo-Angehörigen in der Bundesrepublik

Hierzu lassen sich auf Kassel bezogen bisher nur wenige Aussagen machen, da dieser Bereich praktisch noch nicht erforscht ist.

Der ehemalige Gestapostellenleiter Franz Marmon starb nach den Gerichtsunterlagen bereits im Jahre 1954 im Alter von 46 Jahren; die Todesursache ist nicht bekannt.[108] Es ist auch nicht bekannt, als was er nach seinem Gerichtsverfahren arbeitete. Auch bei den anderen ehemaligen Gestapostellenleitern Kassels fehlen hierüber Informationen.

Über die anderen ehemaligen Gestapo-Angehörigen, die Kriminalkommissare, Inspektoren und Kriminalsekretäre gibt es bislang nur bruchstückhafte Hin-

106 Ermittlungsverfahren gegen die Angehörigen der Gestapo Kassel wegen der Deportation der jüdischen Bevölkerung aus dem Regierungsbezirk Kassel, Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Js 44/50, 3-seitiges Schreiben der Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt/Main vom Februar 1953 zur Einstellung des Verfahrens, ebenda.

107 Ermittlungsverfahren gegen Erich W. u.a., Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Js 21/59, inzwischen abgegeben an das StA MR.

108 Gerichtsunterlagen der Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Ks 3/51, Sterbeurkunde im Vollstreckungsheft Marmon, S. 74.

weise. So soll der ehemalige Kriminalinspektor und SS-Untersturmführer Ernst Sch., der die Abteilung II D (Schutzhaft) leitete, die für die Überführungen nach Breitenau und in Konzentrationslager zuständig war, wieder bei der Polizei gearbeitet haben. Auch zwei Mitarbeiter der Abteilung I der Gestapo, in der im Rahmen der Deportationen die Ausbürgerung der Juden und die Beschlagnahmung ihres Vermögens durchgeführt wurde, sollen später wieder bei der Polizei gearbeitet haben. Das gleiche gilt für einen Mitarbeiter der Abteilung II E.[109]

Nach Gerhard PAUL, der sich mit dem Werdegang ehemaliger Gestapo-Bediensteter im Nachkriegsdeutschland beschäftigt hat, lassen sich für Westdeutschland zwei Entwicklungen feststellen, die möglicherweise auch auf Kassel zutreffen:

Demzufolge wurden die ehemaligen Leiter der Gestapo-Stellen nach 1945 – mit wenigen Ausnahmen – nicht mehr im öffentlichen Dienst eingestellt. Sie wurden im Rahmen der Entnazifizierung oder von Prozessen endgültig aus dem Polizeidienst oder der Justiz entfernt und arbeiteten danach oftmals als Juristen in Firmen und Versicherungen.

Die Angehörigen der mittleren und unteren Ebene der ehemaligen Gestapo dagegen, waren – nach absolvierter Entnazifizierung und nach Freisprüchen in Gerichtsverfahren – weiterhin in der Polizei oder auch der Justiz tätig.[110]

Von einem ehemaligen Kasseler Gestapo-Angehörigen gibt es allerdings eine klare Information über seine spätere Tätigkeit. Es handelt sich um den ehemaligen Kriminalkommissar und SS-Obersturmführer Erich W., der als junger SS-Mann 1935 zur Kasseler Gestapo kam und später die Abteilung II E leitete. Als 1962 das Strafverfahren gegen ihn wegen Beihilfe zum Mord eingestellt wurde, war er bereits seit 1954 Mitarbeiter beim bundesdeutschen Verfassungsschutz.[111]

---

109 Aussagen im Verfahren gegen Erich W. u. a., Staatsanwaltschaft Kassel, 3a Js 21/59, inzwischen abgegeben an das StA MR. Sie betreffen Heinrich A. und Willi G. (Blatt 50 und 56) sowie Otto G. (Blatt 32).

110 Gerhard PAUL: Zwischen Selbstmord, Illegalität und neuer Karriere. Ehemalige Gestapo-Bedienstete im Nachkriegsdeutschland, in: PAUL/MALLMANN, Gestapo (wie Anm. 1), S. 529-547, hier S. 529 ff.

111 Ermittlungsverfahren gegen Erich W. u. a., 3a Js 21/59. Bericht des Kriminaloberkommissars M. vom 29.1.1960 über den Stand der Ermittlungen, in dem es heißt: „W. kann nicht nochmals zu dieser Frage gehört werden, da er sich ständig beruflich (Verfassungsschutz) im Saargebiet aufhält. Er befindet sich nur über Weihnachten bei seiner Familie in Kassel auf Urlaub.“ Ebenda, Blatt 58; Siehe auch Protokoll der Aussage von W. am 28.11.1960, in der es heißt: „Ein Fluchtverdacht ist bei mir nicht gegeben. Ich habe in Kassel festen Wohnsitz. Wie der Staatsanwaltschaft bekannt ist, bin ich im staatlichen Abwehrdienst tätig und habe deshalb nicht die Möglichkeit, über die Grenzen der Bundesrepublik zu gehen. Insbesondere ist es ausgeschlossen, dass ich als ehemaliger Angehöriger der SS und der Gestapo und auf Grund meiner Tätigkeit im Abwehrdienst seit 1954 in einen der Ostblockstaaten gehe. Auch bei einer Flucht über die anderen Grenzen des Bundesgebietes würde mir dort eine Existenzgrundlage fehlen. Ich würde mir damit auch jede Möglichkeit verbauen, später in der Bundesrepublik mich in meinem Beruf zu betätigen. Vor allen Dingen scheidet der Fluchtverdacht deshalb aus, weil ich den Haftbefehl – zumindest aus subjektiven Gründen – für ungerechtfertigt halte.“ Ebenda, Blatt 203 f. Die Akten wurden inzwischen an das StA MR abgegeben.

Im Jahre 1992 wurde von der Stadt Kassel am Seiteneingang des ehemaligen Polizeipräsidiums am Königstor/Ecke Weigelstraße auf einem Sockel eine Gedenktafel errichtet[112], die folgende Inschrift trägt:

Zur Mahnung

In diesem Gebäude befand sich von 1933 bis 1938
der Sitz der Staatspolizeistelle für den
Regierungsbezirk Kassel.
Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) war eine der
Machtsäulen des nationalsozialistischen Staates. Die
Kasseler Gestapo verhaftete, verhörte, mißhandelte
Tausende von Gegnern, Andersdenkenden und
ausländischen Zwangsarbeitern und brachte viele von
ihnen in Zuchthäuser und Konzentrationslager.
Im März 1945 ermordeten ihre Kommandos in Kassel
und Guxhagen mehr als einhundertzwanzig Gefangene.

112 Siehe das Faltblatt: Kassel. Zehn Gedenktafeln. Zur Erinnerung an die Gewaltherrschaft 1933-1945. Im Gedenken an die Opfer von Rassismus und Nationalismus, Hg. von der Stadt Kassel, Kulturamt, Stadtarchiv, Redaktion: Frank-Roland KLAUBE, 2. ergänzte Auflage, Kassel 1998.

Die genannten Angehörigen der Geheimen Staatspolizeistelle Kassel und die Polizeipräsidenten
mit ihren Funktionen und SS-Rängen sowie den entsprechenden Wehrmachts-Rängen
(Die Gegenüberstellung von SS-Rängen und Wehrmachts-Rängen ist entnommen aus: Heinz ARTZT: Mörder in Uniform. Organisationen, die zu Vollstreckern nationalsozialistischer Verbrechen wurden. Mit einem Vorwort von Gert Bastian, München 1979, S. 198.)

Name	Funktion bei der Gestapo Kassel	Zeitraum	Bei Gestapo Kassel seit	SS-(SA-)Rang	Entspr. Wehrmachts-Rang
	Gestapostellenleiter				
Elze, Fritz; Dr. jur.	Regierungsrat Leiter der Gestapostelle Kassel	Mai 1933	1933	keine Angaben nicht ermittelt	
Lindenborn, Walter Adolf Wilhelm; Dr. jur.	Regierungsrat Leiter der Gestapostelle Kassel	15.6.-13.7. 1933	1933	keine Angaben nicht ermittelt	
Pfeffer von Salomon, Friedrich (Fritz) Ludwig Ferdinand Felix	Polizeipräsident und Leiter der Gestapostelle	14.7.1933-Juli 1936	1933	SA-Gruppenführer (und Hauptmann a. D.)	Generalleutnant
Herrmann, Günther	Regierungsrat; Leiter der Gestapostelle	1936-1939	1936	SS-Untersturmführer	Leutnant
Korndörfer, Rudolph	Regierungsrat Leiter der Gestapostelle	1939-1941	1939	SS-Sturmbannführer	Major
Lüdcke, Karl; Dr.	Regierungs- und Kriminalrat	1941-1943	1941	SS-Sturmbannführer	Major
Nedweg, Max; Dr.	Oberregierungsrat Leiter der Gestapostelle	1943-1944	1943	SS-Obersturmbann-führer	Oberstleutnant
Marmon, Franz	Regierungsrat Leiter der Gestapostelle	1944-1945	1944	SS-Sturmbannführer	Major
	Stellvertretende Leiter				
Lindenborn, Walter Adolf Wilhelm; Dr. jur.	Regierungsrat Stellvertr. Gestapostellenleiter	Juli 1933- 1934/35	1933	keine Angaben nicht ermittelt	
Hüttenroth, Ferdinand Oskar; Dr. jur.	Regierungsrat Dezernent der Staatspolizeistelle	Juli 1933-Juli 1935	1933	SS-Mitglied (bisher keine näher. Angaben)	
Augustin, Hans	Regierungsassessor Stellvertr. Gestapostellenleiter	bis 1941	bisher keine Angaben	keine Angaben nicht ermittelt	
Altekrüger, Otto	Kriminalrat Stellvertr. Gestapostellenleiter	1941-1943	1941	SS-Sturmbannführer	Major
Engels, Erich	Kriminalkommissar; Stellvertr.	1943-1945	1943	SS-Hauptsturmführer	Hauptmann

Name	Funktion bei der Gestapo Kassel	Zeitraum	Bei Gestapo Kassel seit	SS-(SA-)Rang	Entspr. Wehrmachts-Rang
	Gestapostellenleiter				
	Referats- und Abteilungsleiter				
A., Walter	Kriminalrat, Leiter des Referats II E (Verfolgung ausl. Zwangsarbeiter)	1939-1942	1936	keine Angaben nicht ermittelt	
W., Erich	Kriminalkommissar, Leiter des Referats II E (Verfolgung ausl. Zwangsarbeiter) In der Zeit von 1942-1943 auch Leiter der Abteilung II (Exekutive)	1942-1945	1935	SS-Obersturmführer	Oberleutnant
W., Georg	Kriminalkommissar; Leiter des Referats II B 1; („Kirchenangelegenheiten“) Ab 1943 auch Leiter der Abteilung II (Exekutive)	bis 1945	bisher keine Angaben	SS-Obersturmführer	Oberleutnant
Mamsch, Erich	Kriminalkommissar; Leiter des Referats II B einschließlich II B 4 („jüdische Angelegenheiten“)	bis 1945	bisher keine Angaben	SS-Obersturmführer	Oberleutnant
Sch., Ernst	Kriminalinspektor; Leiter des Referats II D (Schutzhaft)	bis 1945	1933	SS-Untersturmführer	Leutnant
Aust, Reinhold (Reinhardt)	Kriminalkommissar Leiter der Abteilung III („Abwehr, Spionage und Landesverrat“)	bis 1945	1933	keine Angaben nicht ermittelt	
	Polizeipräsidenten in Kassel				
Pfeffer von Salomon, Friedrich (Fritz) Ludwig Ferdinand Felix	Polizeipräsident und Gestapostellenleiter	1933-1936	1933	SA-Gruppenführer (und Hauptmann a. D.)	Generalleutnant
Henze, Max	Polizeipräsident	1937-1940	1937	SS-Brigadeführer	Generalmajor
Wegeler, Karl	Polizeipräsident	1940-1941	1940	keine Angaben	
Böttcher, Herbert; Dr. jur.	Polizeipräsident	1941-1942	1941	SS-Oberführer /später Generalmajor der Polizei	Zwischen Oberst und Generalmajor / Generalmajor
Proeck, Otto Emil Max von	Polizeipräsident	1942-1944	1942	SS-Brigadeführer	Generalmajor
Wysocki, Lucian (Lutz)	Polizeipräsident	1944-1945	1944	SS-Brigadeführer	Generalmajor